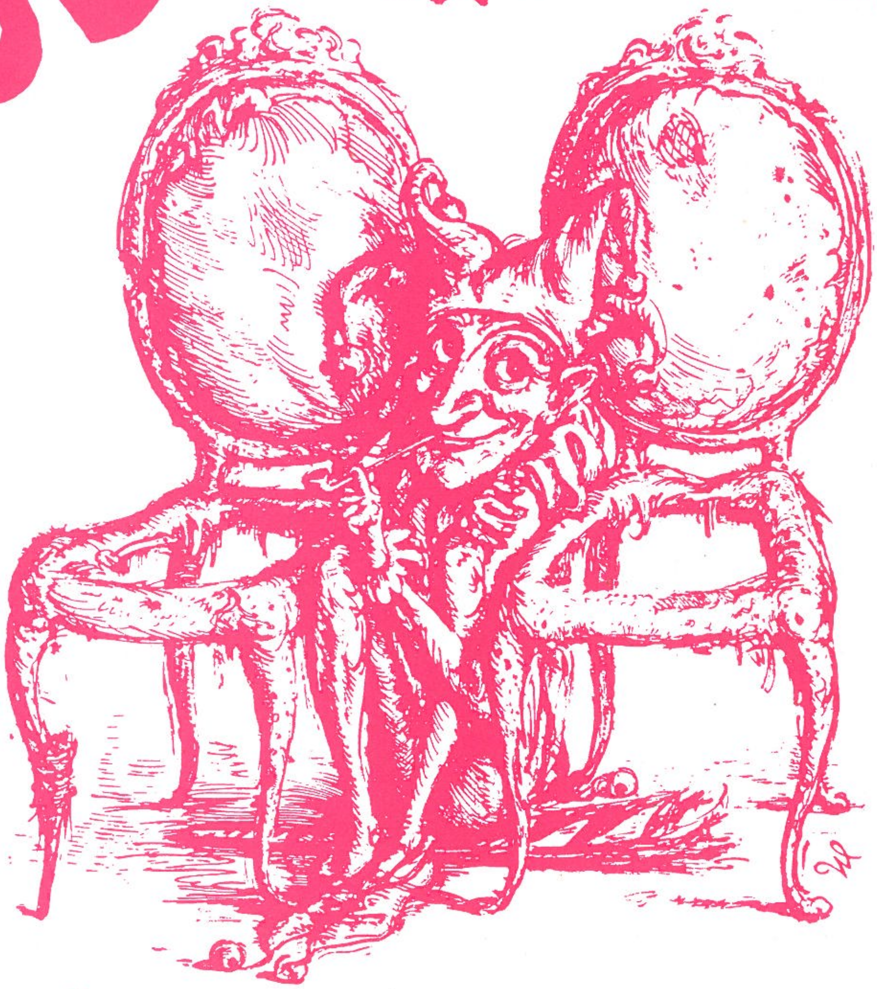
SPRIPU

DER SPRINGENDE PUNKT • STUDENTENZEITSCHRIFT AN DER MUzL • JAHRGANG 12 •

JUBI·50·LÄUMS



·AUSGABE·

Druck: Volker Hinzke GmbH · 2400 Lübeck 1 · Große Gröpelgrube 21/23 · ☎ 0451/7 02 02

Congratulation !!

Wenn es sonst niemand tut, dann müssen wir ja wohl.
Was? Na ist doch klar! Dem Jubiliar gratulieren.
Der SpriPu feiert sein 50. Uni-Jubiläum.
1975 machten sich die ersten Studenten an die mühevolle Arbeit eine informative Zeitung herauszugeben, die unabhängig über die Belange der Studenten an" dieser unserer Uni" berichten sollte.
" Flugblätter sind wichtig und richtig, sie erlauben es häufig aber nicht, mehrere Probleme und Fragen gleichzeitig darzustellen und zu diskutieren. Das wollen wir mit diesem Info ermöglichen.
Es ist wichtig, einzelne Probleme intensiv zu hinterfragen. Dann stellt man fest, daß hochschulpolitische Fragen auch immer gesellschaftspolitische sind. Darum treten wir auch konsequent für das politische Mandat ein.
Wir müssen z,B. unbeingt Stellung nehmen dürfen zu dem sog. Geldmangel der öffentlichen Hand. Warum werden zuerst Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich vorgenommen, während der Rüstungshaushalt weiterhin aufgestockt werden soll ? Dient der Einstellungsstop für Lehrer und die Kürzungen von 18 MA-Stellen (bzw.9 Assistentenstellen) an der MHL nicht der Verschlechterung der Ausbildung?
Wie nötig aber eine gute Ausbildung ist, zeigt z.B. die Hilflosigkeit vieler Ärzte Patienten gegenüber, deren Krankheiten psychosoziale Ursachen haben. Das sind immerhin 60% aller beim Allgemeinarzt anfallenden Krankheitsfälle.
Von den zu Hauf verschriebenen Psychopharmaka wird aber in erster Linie die Pharmaindustrie, nicht aber die Masse der Patienten gesund.

Politisches Mandat muß bedeuten: Zusammenhänge diskutieren, Ursachen suchen und beim Namen nennen, - auch wenn dieses einigen Leuten mißfällt. Wir müssen uns gemeinsam gegen Versuche wehren, die die "Verfaßte Studentenschaft" liquidieren wollen. Bayern sollte für uns eine Warnung sein. Aber Bayern ist sehr nah. Der Maulkorberlaß (Raumnutzungspläne) stammt aus dem Schleswig-Hosteinischen Kultusministerium!

Diese bedrohliche Lage sollte Euch zur Mitarbeit mit dem AStA anspornen, indem Ihr z.B. für den nächsten SpriPu Beiträge liefert!"
So war es in der ersten Ausgabe des SpriPu als Vorwort zu lesen.
Als ich dieses Vorwort las war ich überrascht, wie aktuell es auch heute, 12 Jahre später noch ist.
Streichung der Mittel im Sozial-und Ausbildungsbereich sind noch immer an der Tagesordnung, Probleme mit der Genehmigung zur Raumnutzung gibt es auch noch immer (z.B. Dräger-Veranstaltung und Schönberg-Ausstellung).
Unsere Ausbildungszeit wird durch Regelungen wie den "Arzt im Praktikum" immer weiter verlängert, die Chance, nach Abschluß des Studiums eine Stelle zu bekommen immer schlechter.
Gerade in den letzten Tagen kommen wieder Diskussionen auf,das Bafög in private Hände zu geben, und mit 6% zu verzinsen. Bedingung für den Erhalt des Geldes ist aber eine finanzielle Sicherheit, die es zu beweisen gilt (siehe Bericht von der Landesastenkonferenz in Kiel).
Auch die Einführung von Strafgebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeit um mehr als 2 Semester dient nicht gerade der sozialen gleichberechtigung der sozial schwächeren Kreise, da deren Angehörige ja doch viel eher gezwungen sind , sich ihr Studium selber zu verdienen und somit für sie die Gefahr für die Überschreitung dieser Semesterzahl ungleich größer ist.
Dieses sind nur einige der Punkte,die uns alle betreffen und über die wir auch zusammen diskutieren sollten. Der SpriPu soll eine Plattform für derartige Diskussionen darstellen.

Wir wollen über solche Dinge berichten und allen die Möglichkeit bieten sich an einer öffentlichen Diskussion zu beteiligen. Es wäre schön, wenn Ihr durch Meinungsäußerungen in Form von Leserbriefen oder auch Artikeln von diesem Angebot gebrauch machen würdet.

Die neue Ausgabe liegt vor Euch. Ich hoffe, sie ist interessant und ansprechend geworden. Viel Spaß beim Lesen, nur Mut zur Kritik, bis zum nächsten Mal,

Ingo

INHALTSVERZEICHNIS

Informationen zum Gynäkologie-Internat

Das Internat beginnt Montags um 8^{00} in der Bibliothek der Gynäkologie mit der morgend= lichen Besprechung und endet am folgenden Montag um 7^{00}. Die Unterbringung erfolgt in 2-Bettzimmern, Bettwäsche, Kittel und Hosen werden gestellt, für die Verpflegung muß selber gesorgt werden (Küche ist vorhanden, mittags kann man in die Mensa gehen).
Besuch kann jederzeit kommen.
Während der Internatswoche durchläuft man 4 Bereiche:

- Kreissaal
- St.18 : chirurgische Station und OP
- St.12 : Ca - Station
- "B- Doktor: konservative Gyn.

Die Reihenfolge der verschiedenen Bereiche müßt ihr untereinander aushandeln. Studenten mit Kreissaaldienst sollten direkt neben dem Telefon schlafen. Bei starkem Interesse sol= lte man sich um 14^{00} und 22^{00} den jeweils neu= en Hebammen vorstellen und sagen, daß man gerufen bzw. geweckt werden möchte.

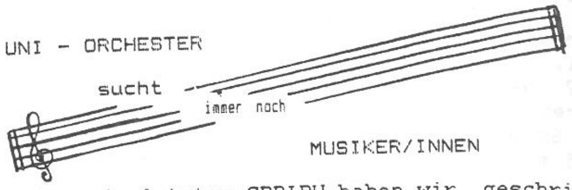
Mo,Di,Do,Fr : findet ein Seminar für Studen= ten und PJ'ler statt, dazu verabredet man sich mit dem entsprechenden Dozenten.

Mo,Di,Do,Fr : 8^{00} morgendl. Besprechung in der Bibliothek.

Mi,Sa,So, : Beginn um 8^{00} im Kreissaal bzw. auf Station.

Falls Ihr euch während des Internats als dumme, unfähige Versager fühlt: uns ging es teilweise nicht besser.(Ich habe jedenfalls gelernt mich zu wehren).Es gibt auch Licht= blicke und im Internat lernt man sicherlich mehr als in einem "normalen" Kurs.
Im übrigen gilt: dies sind unsere Erfahrun= gen, vielleicht ist es bei euch ja ganz anders.

Thema Musik:
Zur Information an alle Musikmachenden an der MUzL: Das Ministerium für Bildung und Wissen- schaft und das Deutsche Studentenwerk veran- stalten vom 15.-18.09.1988 die 2. Musiktage europäischer Studenten in Bonn.
Interessenten (Solisten oder Musikgruppen) können sich bis Ende 87, spätestens aber bis ende Januar 1988 mit kurzem Lebenslauf und Be- schreibung ihrer Musik (U- und E- Musik) bei mir oder direkt beim Deutschen Studentenwerk (Weberstraße 55, 5300 Bonn) bewerben.
Unterkunft und Verpflegung werden gestellt, die Reisekosten müssen leider selber getragen werden.
Martin



Schon im letzten SPRIPU haben wir geschrie- ben, daß an der dieser Uni ein neues Orchester entstehen soll.
Vielleicht war der Artikel zu klein, oder das Sommersemester zu stressig, oder alle schon in den Ferien - wie auch immer, es gab leider nur sehr wenig Resonanz. Deshalb soll noch ein Anlauf gestartet werden.
Also, Ihr Leute, die Ihr bisher nur allein vor Euch hin übt oder die Ihr auch schon in anderen Gruppen mitspielt, geht mal in Euch, ob gemeinsames Musizieren in einem Orchester nicht genau noch das ist, was Euch fehlt.
Außerdem ist es ja auch eine seltene Gelegen- heit, ein Orchester mitbegründen zu können - und ohne Euch wird nichts draus ! Für eine gute Orchesterleitung wird die Uni sorgen.
Also faßt Euch ein Herz und gebt möglichst bald einen Zettel mit Namen, Adresse, Telefonnummer und Instrument im AStA ab. (Die, die das schon nach dem ersten Aufruf getan haben bitten wir noch um ein bißchen Geduld - wir haben Eure Zettel noch !)
Ihr bekommt dann so etwa einen Monat nach Erscheinen des Spripu Nachricht von uns.

Esther

20. Okt. 87

Liebe Redaktion vom Spri-Pu,

ich wäre Euch sehr dankbar, wenn Ihr meinen kurzen Leserbrief zur letzten Ausgabe des Spri-Pu Mai 87 abdrucken könntet (betr.: Re- solution zum Paragraph 218 der Fachtagung Me- dizin in den Vereinigten Deutschen Studenten- schaften).

Leserbrief:

Ich bin betroffen darüber, daß Mediziner sich für Abtreibung aussprechen bzw. sie durchfüh- ren. Sie sind es doch, die über die embryona- le Entwicklung des Menschen informiert sind und die naturwissenschaftliche Aussage vor Augen haben, daß mit der Befruchtung ein neu- er Mensch entstanden ist (" Denn die Entwicklung des Menschen aus einer befruchte- ten Eizelle ist schon zu Beginn menschlich: sie hat von Anbeginn menschliche Eigenart "; Prof. Dr. med. Blechschmidt, Embryologe.).
Wenn wir wieder anfangen, das Menschsein von Fähigkeiten, Intelligenz, körperliche Ausprä- gung und Unversehrtheit abhängig zu machen, und dann daraus eine Lebensberechtigung abzu- leiten, so praktizieren wir das, was im Drit- ten Reich Euthanasie genannt wurde.
Laßt uns lieber lernen, wieder mit Behinder- ten zusammen zu leben und unsere praktische und finanzielle Hilfe all denen anzubieten, die durch eine Schwangerschaft in Not geraten sind.

Stephan Rahn
Hundestr. 22
24oo Lübeck
Tel. 7 24 89

RINGVORLESUNG

Wie ihr hoffentlich mitbekommen habt, veranstaltet der AStA der MUzL in diesem Semester eine Ringvorlesung mit dem Thema "Sexualität". Die Vortragsreihe wurde von AStA- und StuPa-Mitgliedern organisiert. Die Ges. der Freunde und Förderer der MUzL haben auf einen Antrag des AStA mit einer Spende in Höhe von 2.500 DM geantwortet, wofür wir uns auch auf diesem Weg noch einmal herzlich bedanken. Das Studentenwerk hat erst auf den dritten Antrag und mehrmaligen Nachfragen eine positive Antwort gegeben. Die Höhe des Zuschusses stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Dennoch danken wir auch dem Studentenwerk für die Entscheidung. Hier noch einmal die Termine und Redner/innen:

Montag, den 16.11.1987
"Die neue Gefährlichkeit der Pornographie - politische Kampagnen und psychologische Wirkungsforschung"
Prof. Dr. phil. Dr. jur. Rüdiger Lautmann, Forschungsschwerpunkt soziologische Probleme und Kontrolle, Bremen

Montag, den 30.11.1987
"Was ist das Böse an der Abtreibung? Schwangerschaftsabbruch und Neue Moral"
Dr. phil. Susanne von Paczensky, Soziologin und Autorin, Hamburg

Montag, dden 14.12.1987
"Sexualerziehung und AIDS - das Ende der Emanzipation?"
Prof. Dr. phil. Friedrich Koch, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft,Hamburg

Donnerstag, den 14.1.1988
"Kirche und Homosexualität - eine peinliche Befragung"
Pastor emeritus(ev) und Psychotherapeut Dr. theol. Gunnar von Schlippe, Hamburg

Montag, den 18.1.1987
"Sexueller Mißbrauch von Kindern"
Dpl. psych. Gisela Rust, wissenschaftliche Angestellte, Hamburg

Montag, den 1.2.1987
"Sexuelle Ordnungspolitik"
Dpl. psych Margret Hauch, Universitätskrankenhaus Eppendorf, Abt für Sexualforschung, Hamburg

LN: 4.11.87

Sexualität als eine Art Konsumgut

Drei Monate waren sie glücklich, seit fünf Jahren versuchen sie sich zu trennen!" Dies ist ein gängiges Kennzeichen der modernen Partnerschaft, meinte Prof. Dr. Gunter Schmidt jetzt zu Beginn der auch der Lübecker Öffentlichkeit zugänglichen Vorträge an der Medizinischen Universität zu Lübeck.

Den Auftakt zu den Vorlesungen über das Medizinische hinaus in diesem Semester machten diesmal die Studenten. Bisher hatte nur das Rektorat der Uni zusätzliche Veranstaltungen im Rahmen eines Studium generale angeboten. Hintergrund: den Studenten und den Lübeckern sollten nicht nur Fachinformationen sondern auch Berichte aus anderen Gebieten angeboten werden.

Zum ersten Mal in diesem Semester organisierte der Asta und das Studentenparlament – unterstützt von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität – eine Veranstaltungsreihe, Das Thema dieser Reihe heißt „Sexualität". Als erster Redner konnte der Leiter der Abteilung für Sexualforschung an der Uni Hamburg, Prof. Schmidt, gewonnen werden.

Ungewöhnlich anschaulich für einen Hochschullehrer bot Prof. Schmidt einen Überblick über die Haltung zur Sexualität in Partnerschaft und Ehe in den letzten hundert Jahren. Mit der Entwicklung der „Bürgerlichen Familie" habe sich ein grundsätzlicher Wandel auch in der Haltung zur Sexualtität vollzogen, erklärte Schmidt. Früher war die Familie eine Produktionsgemeinschaft, in der es galt, in gemeinsamer Arbeit zu überleben. Mit dem Beginn der Industrialisierung wurden die Gewichte verlagert. Heute sei die Ehe und Partnerschaft immer stärker abhängig von Emotion und Sexualität geworden. Dabei sei das Paradoxon entstanden, daß kurzlebige Gefühle, – Erotik – als Basis für die langjährige Dauer des Zusammenlebens angesehen würden.

Die sexuelle Liberalisierung in den letzten 25 Jahren sah Prof. Schmidt parallel zu der Entwicklung der Wohlstandsgesellschaft der Nachkriegszeit. Wir leben in einer Überflußgesellschaft, in der es darauf ankomme, die Bevölkerung zum Konsumieren zu bringen, da könne nicht ein wichtiger Bereich wie die Sexualität herausgenommen werden.

Ein Beispiel für die grundlegende Wandlung sei die Behandlung der Aidsproblematik. Behörden und Regierung versuchen nicht den moralischen Zeigefinger zu heben. Statt Sexualität zu verteufeln, werden die verschiedenen Spielarten der Erotik offen geschildert und Schutzmöglichkeiten angegeben. HDH



Du und das
Studentenwerk Schleswig-Holstein

Viele Leute -auch im AStA- fragen sich, warum sie eigentlich immer zur Rückmeldungszeit dem Studentenwerk Schleswig-Holstein einen gewissen Betrag überweisen müssen, was denn das für ein Verein ist und was wohl mit dem Geld aus Lübeck geschieht. Außerdem wird den älteren Semestern unter uns zum Sommersemester 1988 die dritte Beitragserhöhung innerhalb von 5 Jahren sicher Anlaß zu Fragen geben. Da wir nicht wissen, ob unsere kleinen AStA-Räume für die ratsuchende Masse ausreichen, möchten wir hier ein bißchen darlegen, was uns selbst nicht klar ist.

Vorweg ein Auszug aus der Satzung des SW-SH.

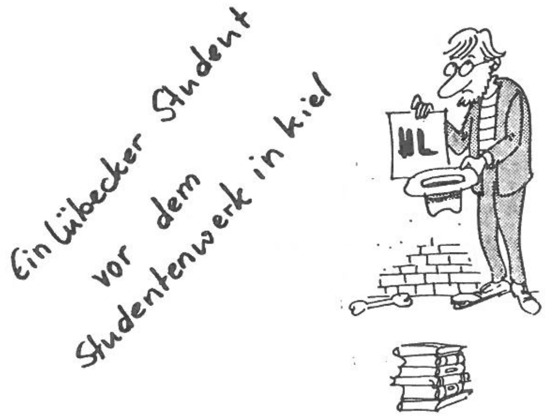
"§ 1(1) Rechtsstellung und Sitz
Das Studentenwerk Schleswig-Holstein (SW) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts.
Sein Sitz ist Kiel.
§ 2 Gemeinnützigkeit
...
§ 3 Zuständigkeit
(1) Das SW ist zuständig für die wissenschaftlichen Hochschulen sowie für die öffentlich und staatlich anerkannten Fachschulen im Lande Schleswig-Holstein.
§ 4 Aufgaben
(1) Aufgaben des Studentenwerkes sind
1. die wirtschaftliche und soziale Förderung der Studenten,
2. die Gesundheitsvorsorge und die Kranken- und Unfallhilfe für Studenten,
3. die Bereitstellung und Unterhaltung wirtschaftlicher und sozialer Einrichtungen zur Betreuung der Studenten.
(2) Das Studentenwerk fördert die kulturellen Interessen der Studenten und betreibt dafür Einrichtungen.
§ 5 Auftragsangelegenheiten
(1) Der Kultusminister kann dem Studentenwerk Aufgaben, die nicht im Gegensatz zur Aufgabenstellung des Studentenwerkes stehen, als Auftragsangelegenheiten übertragen, wenn das Land die Kosten übernimmt.
...
§ 14 Entgelte und Beiträge
Das Studentenwerk erhebt Entgelte von den Benutzern seiner Einrichtungen sowie aufgrund besonderer Satzung Beiträge von Studenten, soweit dies zur Deckung seiner Aufwendungen erforderlich ist. Die Beiträge werden so bemessen, daß mindestens die Kosten der Kranken- und Unfallhilfe gedeckt werden. Soweit die Beiträge darüber hinausgehen, sind die sozialen Verhältnisse der Studenten zu berücksichtigen. Näheres bestimmt die Beitragssatzung."



Was macht das Studentenwerk Schleswig-Holstein nun für den Lübecker Studenten?

Vielleicht wundern sich einige, warum das Wort "Bafög" überhaupt nicht auftaucht, obwohl sie doch deswegen alle Jahre wieder dem Studentenwerk schreiben müssen. Das Wort ist zwar nicht gefallen, aber trotzdem im Paragraphen 5 versteckt: Das Bafög zahlt nicht das Studentenwerk, sondern es verwaltet nur die Vergabe im Auftrag des Landes. Durch die Vergabe dieses Darlehens ist das Studentenwerk also finanziell nicht belastet. Auch die einmal im Monat stattfindende Bafög-Beratung geschieht im Auftrag, also ohne Kosten. Und wenn nicht ein großer Teil der potentiell Ratsuchenden sich regelmäßig von der vor der Tür wartenden Menge abschrecken lassen würde, wäre sie wahrscheinlich überlastet. Die Verzichtenden hoffen dann in ruhigeren Momenten der nächsten Tage von Frau Dietz die nötigen Tips zu bekommen - allerdings sind diese dann ohne Gewähr.

Frau Dietz ist eine Angestellte des Studentenwerks in Lübeck. Ihre (Halbtags-) Stelle wurde vor 16 Jahren für die damals 200 bis 300 Studenten eingerichtet. Mittlerweile sind wir 15 mal so viele, aber Dank der wachsenden Routine schafft Frau Dietz auch weiterhin allein Bafögbearbeitung, Zimmervermittlung und Mensamarkenverkauf.
Noch eine Einrichtung des Studentenwerkes ist sehr lobenswert - die Psychotherapeutische Beratungsstelle. Was die Stundenzahl angeht ist es allerdings nur eine klitzekleine Stelle und längst nicht ausreichend für den Bedarf. Eine Ausweitung der Stundenzahl wird vom SW nicht gewährt mit der Begründung, daß die Lübecker so schon einen viel günstigeren Stunden/Studentenschlüssel hätten als die Kieler, und letztere dann benachteiligt wären.



Da gibt es weiterhin die Mensa, die vom SW betrieben wird. So steht es ja auch auf den Essensmarken. Allerdings ist das SW nur für die durch den laufenden Betrieb entstehenden Kosten zuständig, das Essen zahlt zur Hälfte Ihr und zur Hälfte das Land. Summa Summarum entstehen dem SW dadurch keine Kosten in Lübeck. Dann soll seit fast 20 Jahren die "provisorische Mensa" durch einen Neubau ersetzt werden, was allerdings auch einen tiefen Griff in die Tasche des SW bedeuten würde. Aber glücklicherweise hat dieser ja noch immer nicht stattfinden müssen, obwohl alle Jahre wieder jubelnde Stimmen aus Kiel ein nun definitives Datum für die Grundsteinlegung verkündet hatten. Und von uns jetzt hier Studierenden wird sich wohl niemand an veränderte Räumlichkeiten beim Mittagessen gewöhnen müssen.

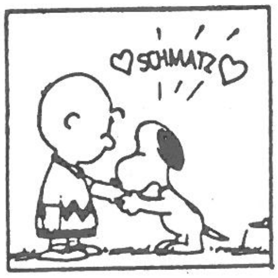
Dann gibt es noch einen Punkt, auf den das SW Schleswig-Holstein ganz besonders stolz ist: Kein anderes Bundesland kann etwas ähnliches wie den § 4 (2), die Förderung der Kultur aufweisen. Und da fördert das SW tatsächlich einiges: die Film AG mit dem nötigen Material, um Filme zu drehen (in Kiel); die Video AG (in Kiel); die Foto AG (in Kiel); das Tonstudio (in Kiel); ein Spielleiter-seminar (in Kiel); einen Kurs zu Sprech-erziehung (in Kiel); ein Pantomime-Kurs (in Kiel); 8 (!!) Teater AG's (in Kiel); den Arbeitskreis für neue Musik (in Kiel); ein Kammerorchester (na, wo wohl?); Zeichenkurse (?).

Allerdings muß das Studentenwerk auch mit seinen Geldern haushalten und kann daher nicht alles unterstützen. Zum Beispiel nicht die Film-AG in Lübeck. Oder die Ringvorlesung "Sexualität" in Lübeck (denn da steht ja Vorlesung, und für Vorlesungen sind die Unis zuständig). Oder - oder - oder (in Lübeck). Das alles kann natürlich daran liegen, daß wir unsere Anträge nicht so schön formulieren. Da sind die Kieler schon etwas besser dran - sie haben einen Herrn, der vom Studentenwerk angestellt ist, dort ein schönes Büro hat und nur für Kultur zuständig ist. Jedoch nur für die in Kiel, sagt er. Aber von unserem Geld, meinen wir.

Nun ist es ja nicht so, daß wir überhaupt nicht unterstützt würden. Z.B. haben wir gerade in diesem Jahr am 3.8. einen größeren Betrag für die beiden studentischen Kinder-gärten erhalten ! Bei der Freude darüber vergißt man fast, daß der erste Antrag dazu bereits vor 3 Jahren gestellt wurde, danach noch etwa 5x, und daß wir deswegen unzählige Male nach Kiel telefonieren mußten, bis er endlich im WS 1986/87 (!) genehmigt wurde. Und danach dauerte es nur noch wenige Monate, bis uns bei Nachfragen versichert wurde, daß Geld sei jetzt überwiesen, und dann nicht einmal mehr ein Vierteljahr, bis es tatsäch-lich ankam.

Und auch eine Begegnung mit norwegischen Studenten wurde massiv unterstützt. Jeden-falls ist der Antrag fast sofort genehmigt worden. Das ist zwar jetzt auch schon wieder einige Monate her, ohne daß wir das Geld erhalten haben, doch wir sind guter Hoffnung.





Da können die Herren im Vorstand des Studentenwerkes natürlich schon einmal unfreundlich werden, wenn wir uns beklagen. Und dann noch die dreiste Behauptung aus Lübeck, wir würden nur nach Kiel zahlen und keine Leistungen dafür erhalten! Das ist ja nun wirklich unhöflich von uns.
Wenn wir nachrechnen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß ein Student in Kiel dem Studentenwerk gut 3x soviel wert ist wie einer in Lübeck (und in den anderen kleinen Unis und FH's wird es nicht viel besser aussehen) - aber wahrscheinlich rechnen wir falsch. Das werfen uns die Herren in Kiel auch vor, ohne es bisher beweisen zu können oder zu wollen.

Bleibt noch zu erwähnen, daß das Studentenwerk sicher für die ungerechte Verteilung der Mittel verantwortlich ist, aber nicht -oder nicht allein- für die allgemein knappe Kasse. Somit auch nicht allein dafür, daß Ihr nächstes Jahr wieder etwas mehr Beitrag zahlen müßt.

Den größeren Teil der Verantwortung trägt sicherlich die Landesregierung, die ihren Haushalt auf Kosten der Studenten (natürlich dieser nicht allein) sanieren wollte. So wurde 1982 ein bis dahin jährlich gewährter Zuschuß zum Ausgleich eines Defizits beim SW von um die 555 000 DM gestrichen, flugs im Sommer (wenig Leute - wenig Prostest) ein Gesetz erlassen, daß dem Studentenwerk seine Beitragsautonomie nahm. So konnte dann der SW-Beitrag zum SS 83 von 15,55 DM (soviel betrug dieser über mehr als 10 Jahre) auf 27,50 DM erhöhen. Jetzt muß das SW eben weiterhin sehen, wie Zuschußsektoren, vor allem Mensen und Wohneime, finanziert werden. So mußte der Beitrag zum SS 87 auf 30 DM erhöht werden, zum SS 88 werden es 33 DM sein, und zusätzlich werden die Grundmiete in den Wohnheimen um 5 DM und der Essenspreis um 0,10 DM angehoben. Letzteres wohl auch in Lübeck, obwohl unsere Mensa nicht zum Minus des SW beiträgt.

Dieser Artikel ist keine vollständige Beschreibung des Studentenwerks, und vielleicht fehlen einige positive Aspekte. Der neue Geschäftsführer hat uns bei einem Gespräch in Kiel für die Zukunft eine bessere Zusammenarbeit und größere Berücksichtigung unserer Meinung versprochen. Wir hoffen sehr darauf.

Esther

Kurz vor Redaktionsschluß erreicht uns noch eine freudige Überraschung: das Studentenwerk genehmigt Gelder für die Ringvorlesung. Bisher wurde uns allerdings noch nicht verraten, wann wir wieviel bekommen werden. Und Besuch aus Kiel hat sich zu einer Besichtigung der Lübecker Verhältnisse angemeldet. Vielleicht können wir ja danach tatsächlich auf mehr Verständnis für unsere Probleme - und mehr Unterstützung - hoffen.

.effreundschaft++

++Brieffreundschaft+++Brieffreundschaft++

+Brieffreundscha

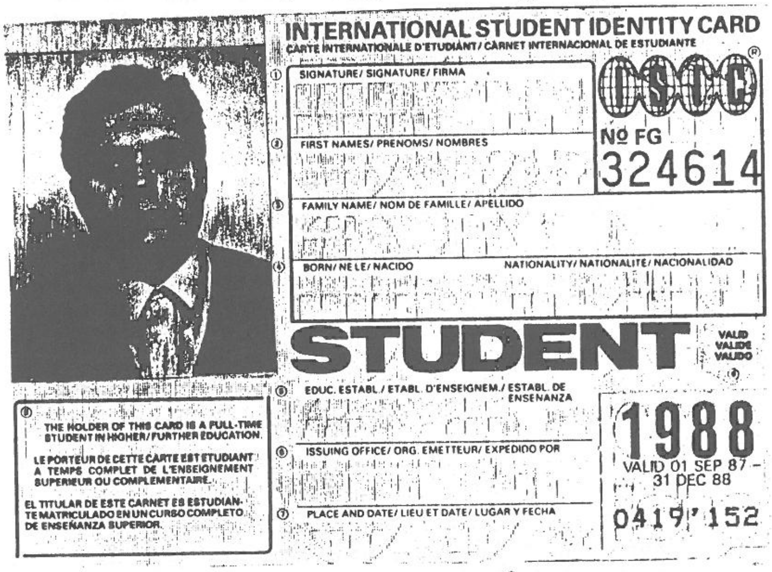
Aus JAPAN erreichte uns ein Brief ,dessen Schreiber (oder Schreiberin? -- wir können es dem Vornamen nicht ansehen) einen Brieffreund oder eine Brieffreundin in Deutschland sucht:

"Iwant to know about German culture and once would like to visit "

Wer sich dafür interessiert,kann im AStA vorbeikommen um den ganzen Brief zu lesen Oder einfach hinschreiben :

Michiko Norimoto
10-23 Ohkurahachiman-cho
Akashi City ,Hyogo-Pref.
JAPAN

SCHÖN...



... einen internationalen Studentenausweis zu haben. Im AStA für 7.-

+++IM ASTA ERHÄLTLICH+++IM ASTA ERHÄLTLICH+++IM ASTA ERHÄLTLICH



- Tips und Adressen
- Zuschüsse
- Bewerbung
- Malpractice Insurance
- Anerkennung von Famulaturzeugnissen
- PJ im Ausland
- Studium im Ausland
- Famulieren in der Dritten Welt
- Informationen zu den einzelnen Ländern
- Vorbereitung / Planung
- Sprachliche Vorbereitung:
  - Englisch
  - Spanisch
  - Französisch

Von Lübeckern - - für Lübecker

Von Australien bis Zimbabwe...:in diesem Buch hat sich eine Autorengemeinschaft von ca. 20 Lübecker Studenten und Exstudenten bemüht, Informationen für Auslandsfamulaturen und Auslandsstudien zusammenzustellen. In einem allgemeinen Teil wird auf die Planung und Vorbereitung eingegangen (wie bewirbt man sich ?,wo gibt es Adressen ?, Stipendien? ...), im speziellen Teil stehn dann zu den verschiedensten Ländern wissenswerte Informationen (Aufbau des Studiums,Gesundheitssystem etc.).

Der eigentliche Schwerpunkt des Buches betrifft die sprachliche Vorbereitung. Denn was nützt alles medizinische Wissen,wenn einem das Wort für Stationsschwester nicht einfällt ? Auf 130 Seiten sind in den Sprachen Englisch,Französisch und Spanisch die wesentlichen Begriffe zu Anamnese und Krankenuntersuchung sowie der wichtigste medizinische Wortschatz aufgelistet. Wer will, kann das Buch im AStA anschauen oder auch käuflich erwerben (20.-)

" Manus- Gesundheitshilfe e.V."

Bereits in der letzten Ausgabe haben wir davon berichtet, daß es in Lübeck eine Gruppe von Personen gibt, die bestrebt sind, einen selbstverwalteten ambulanten Krankenpflegedienst aufzubauen.
Mittlerweile ist diese Gruppe über das Stadium der "nur Idee" hinaus. Im Oktober wurde ein Verein mit dem Namen "Manus Gesundheitshilfe e.V." gegründet.
Was dieser Verein sich zur Aufgabe gemacht hat, wird am deutlichsten in einer von ihm herausgegebenen Selbstdarstellung:

Wir sind eine Gruppe von Menschen aus Heil- und Pflegeberufen, die einen ambulanten Hilfs- und Pflegedienst aufbauen.
Der hilfsbedürftige Mensch steht im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Seine Bedürfnisse bilden den Ausgangspunkt unserer Handlungen.
Zuverlässiges Wissen und Können ist Voraussetzung für unsere pflegerische Tätigkeit.
Gemeinsamsam mit ausgebildeten Fachkräften können auch Mitarbeiter/-innen ohne medizinisch- pflegerische Ausbildung wertvolle Fähigkeiten und Erfahrungen beitragen.
Von Anfang an suchen wir die enge Zusammenarbeit mit allen Menschen und Einrichtungen, die der Patient für seine Betreuung in Anspruch nimmt. Dazu können außer Ärzten und Therapeuten auch Angehörige, Freunde, Geistliche und viele andere gehören.
Das selbstverwaltete Projekt gibt uns die Möglichkeit zur Mitgestaltung unseres Betätigungsfeldes. Engagement und Begeisterung sollen sich verbinden mit nüchterner Klärung wirtschaftlicher und rechtlicher Arbeitsvoraussetzungen.
Durch Fortbildung und gemeinsames Durchdenken aller Fragen, die hilfsbedürftige Menschen in uns wecken, wollen wir immer besser helfen lernen.
Um dem gerecht werden zu können und weiteren Ideen Raum zu geben, ist die Anmietung eines geeigneten Gebäudes geplant.
Wir suchen dringend Menschen, die sich mit diesen Zielen verbinden und durch Mitarbeit, Hilfsbereitschaft oder wohlwollendes Interesse Beziehung zu uns aufnehmen wollen.

Kontakt:
Susanne & Ditmar Smidt, Tel.: 0451/ 4992110

Rainer Büch & Maike Nielsen, Tel.: 04534/1215

Medizinische Forschung und Kriegsvorbereitung, oder: Was hat eine Tiermedizinische Hochschule mit dem Militär zu tun?

Während allerorten über Atomwaffen geredet und verhandelt wird (Abrüstungsgespräche genannt) läuft in vielen Laboratorien der sogenannten entwickelten Staaten militärische Forschung – und somit Kriegsvorbereitung – unter einem zivilen Mäntelchen , unbemerkt von der Öffentlichkeit.
Auch in der BRD ist nun eine Universität ins Gerede gekommen, die auf den ersten Blick nichts mit Kriegsvorbereitungen zu tun hat, die Tiermedizinische Hochschule (kurz: TiHo) Hannover. Hinter den Türen dieser Universität werden hochbrisante gentechnische Versuche mit Krankheitserregern und Impfstoffen gemacht, die praktisch nur für das Militär von Interesse sind.
Das schwedische Friedensforschungsinstitut kam 1986 zu der Erkenntnis:
" B-Waffen (=biologische Waffen) gewinnen wachsende militärische Bedeutung. (...) Die Möglichkeit eines neuen Rüstungswettlaufs muß ernsthaft in Betracht gezogen werden, da es zu gegenseitigen Beschuldigungen bezüglich des Einsatzes der Gentechnologie zur Entwicklung neuer B-Waffen kommt (...). Es gibt in diesem Bereich keine Grenze zwischen Defensiv- und Offensiv-forschung."
Diese Forschung in der BRD ist auf NATO-Ebene koordiniert, der Hauptpartner der TiHo ist Fort Detrick (= U.S.AMRIID) in den USA, das z.B. im Zusammenhang mit AIDs ins Gerede gekommen ist.
Was geschieht genau in diesen Laboratorien, was wird geplant und erforscht ohne daß die Öffentlichkeit informiert wird ? Über diesen Komplex liegt ein dichter Nebel, der nun ein wenig von einem engagierten Wissenschaftler gelichtet wurde. Die studentische AG-GEGENGIFT und die Initiative Kritische Bundeswehr haben Dr. M. Kiper aus Hannover zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, die am 19.11.87, 19.00 h im Hörsaal Vorklinik (MUzL) stattfindet. Dieser Vortrag verdeutlicht exemplarisch die enge Kooperation von Wissenschaft und Militär, und soll zur Diskussion über dieses Zusammenwirken anregen.
" Was wir brauchen, ist Kampf gegen den Krieg und alles, was zum Kriege führt!" (A.Einstein)
AG-GEGENGIFT

Organisch-biologischer **TEE** aus Sri Lanka

TEE – soweit du sehen kannst, nichts als Tee. Er zieht sich wie ein grüner Teppich hin über die Hügel, manchmal bis hoch hinauf in die Berge.
Viele unzählige Teesträucher wachsen in diesem Land; tausende von kleinen grünen Blättern, die darauf warten, gepflückt zu werden.

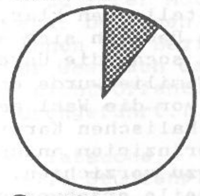
TEE – auf Plantagen großflächig angebaut – laugt den Boden aus und belastet durch den Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pestiziden vor allem die Umwelt und die Gesundheit der Menschen im Erzeugerland, über Rückstände im Tee aber auch die Verbraucher hier.

Der steigende Pro-Kopf-Verbrauch in der BRD (1970:134g; 1979:220g) deutet auf die Wichtigkeit dieses Exportartikels für die Erzeugerländer hin. Unser gesteigerter Teekonsum kommt den Teepflanzern in Indien jedoch nicht zugute.

Wieviel erhält der Plantagearbeiter und Kleinbauer im Entwicklungsland?

Entschädigung in Prozent des Verkaufspreises

Tee aus Sri Lanka (Ceylon) 1963-73



9–12%

Die *Teepflanzerlöhne* in Sri Lanka (Ceylon) betrugen 9–12% des Preises von Tee in Großbehältern oder 5% des Verkaufspreises von Teebeuteln. Der Lohn von Teepflückern auf den Großplantagen der Teekonzerne (Brooke Bond Liebig, Lyons, Typhoo) betrug 1974 DM/Fr. 1,50 pro Tag, was den Kauf zweier Brote oder eines Kilos Zucker ermöglichte. Plantagenleiter erhielten 17 bis 25mal mehr. (2) Die *Kakaopflanzer* in Ghana erhielten 1970–73 nur 45% des Exportpreises im Ausfuhrhafen und nur rund 13% des Schokoladepreises. (3) Die Entschädigung für Anbau, Pflege und Ernte für den Kaffeebauer beträgt bei Instant-Kaffee aus Brasilien nur 4%. (4) Bei geröstetem Kaffee beträgt dieser Anteil 15–20% des Ladenpreises.

Die niedrigen Rohstoffpreise sowie die internationale Verschuldungskrise bewirken, daß sich die "Terms of trade" (also die Welthandelsbedingungen) noch weiter zu Ungunsten der Länder in der sogenannten Dritten Welt verschlechtern. Leider sind dadurch auch sehr viele der Ansätze von eigenständiger Entwicklung bedroht, die sich in den letzten Jahren in diesen Ländern entwickelt haben. Jede/r, die/der heute sinnvolle Entwicklungshilfe leisten will, muß dieser Tatsache ins Auge sehen, – auch wenn dies schmerzhaft ist und zur Resignation verführt. Mit dem Motto "Lernen durch Handel(n)" hat die "Aktion Dritte Welt Handel" ein Aktionsmodell entwickelt, das sowohl Produzenten als auch Verbrauchern konkrete Ansatzmöglichkeiten bietet.

Die Aktion Dritte Welt Handel bzw. die GEPA (= Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt), deren Produkte wir im Dritte-Welt-Laden verkaufen, geben ihren Projektpartnern konkrete Hilfestellung, was wir am Beispiel des BIO-Tees aus Sri Lanka deutlich machen wollen:

1. Der Tee wird aufgrund eines Direktkontaktes zu fest vereinbarten Preisen von der GEPA importiert. Dies bedeutet für die Produzenten einen gewissen Schutz vor dem Preisabfall auf dem Weltmarkt, sowie die Ausschaltung von Spekulation und Zwischenhandell, was den Tee ebenso wie die meisten anderen Rohstoffe betrifft. "Der Spiegel" berichtete in seiner Ausgabe Nr.19 vom April 1987 und folgerte: "Einkäufer aus deutschen Handelshäusern und Industriekonzernen können sich auf den Weltmärkten wie beim Schlußverkauf bedienen".
Mit ihrem "anderen Teehandel" will die GEPA Möglichkeiten zur Veränderung dieser Weltmarktstrukturen aufzeigen, wenn dies derzeit auch nur in einem sehr begrenzten Rahmen möglich ist. Doch es ist immerhin ein Beispiel, das funktioniert, wenn die Konsumenten mitmachen
2. Der Tee wird nicht – wie sonst üblich – unverarbeitet importiert, sondern im Land selbst geerntet, weiterverarbeitet und abgepackt. Dadurch werden im Erzeugerland Arbeitsplätze geschaffen.
Der seit Juni diesen Jahres importierte BIO-Tee schafft durch arbeitsintensivere Anbaumethoden zusätzlich 15% mehr Arbeitsplätze. Angesichts der Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum eine positive Entwicklung.
3. Von dem Modellversuch erhofft man sich eine Verbesserung der Bodenqualität auf der Plantage und langfristig Auswirkungen auf die Anbaumethoden auf anderen Plantagen. Angesichts der zunehmenden Verwüstung der Böden auf den Teeplantagen eine dringende Notwendigkeit.
4. Der organisch-biologische Anbau führt zwar zu einer Ertragsminderung, dafür erwartet man aber einen qualitativ besseren Tee, da sich aufgrund des langsameren Wachstums mehr Aromastoffe in den Teeblättern ansammeln können.
Nicht nur der verbesserte Geschmack sondern auch der verminderte Schadstoffgehalt kommt letztlich dem Verbraucher zugute.

Falls Ihr nun auf den Geschmack gekommen seid und vielleicht mehr zu diesem und/oder anderen Themen, die sich um die sogenannten Entwicklungsländer drehen, erfahren wollt, kommt doch im DRITTE-WELT-LADEN in der Fleischhauerstr. 28 vorbei!!!!!!
öffnungszeiten: täglich 15 – 18 Uhr
samstags 10 – 13 Uhr
Dort treffen wir uns auch jeden Dienstagabend um 20 Uhr und freuen uns über alle interessierten, infohungrigen, kritischen, engagierten, diskussions- und/oder mitarbeitswütigen Leute, die einfach so mal reinschauen!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Wer näher in die wirtschaftloichen Zusammenhänge der Unterentwicklung einerseits und der Überentwicklung andererseits einsteigen möchte, dem empfehlen wir das Buch von Rudolf H. Strahm "Warum sie so arm sind", welches sehr einprägsam und mit vielen Schaubildern die ökonomischen Bedingungen in den Entwicklungsländern erläutert, die zur Misere geführt haben und führen (Die Graphik im Artikel stammt übrigens aus diesem Buch.).

♀ DAS FRAUENREFERAT

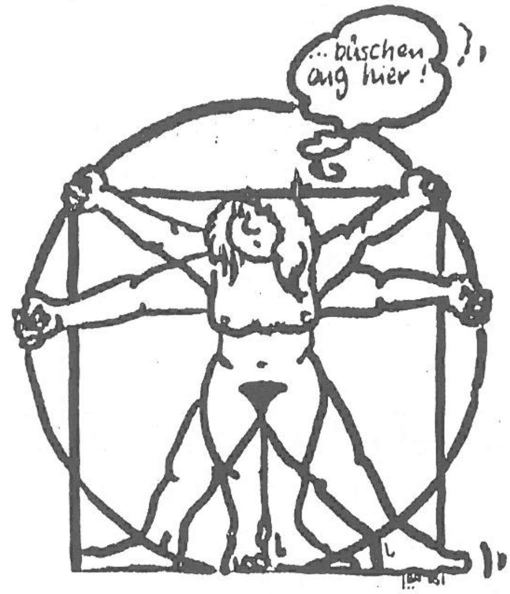
Im letzten Semester haben wir uns inten-
siver mit dem Thema " Berufliche Situa-
tion der Frauen in der Medizin " ausein-
andergesetzt, haben uns mit gespannter
Erwartung an die Hochschullehrer der MUzL
gewandt, um eine Stellungsnahme zur ge-
schlechtsparitätischen Einstellung an den
Hochschulen (Forderung des Komitees für
Grundrechte und Demokratie e.V.)...
Leider haben wir keine Rückmeldungen im
AStA bekommen- und, ehrlich gesagt, ist
genau dies unsere Erfahrung: diejenigen,
die letztendlich von der Unterdruckung
der Frau profitieren, meiden mit präziser
Genauigkeit jegliche Annäherung zu diesem
Thema.

An der MUzL fällt es uns auf, daß bestim-
mte Bereiche anteilsmäßig unterbesetzt
sind - ein Exemplar: die Orthopädie -
aber auch sonst sind Frauen als Oberärz-
tinnen gar Professorinnen eine Rarität!

Wir haben uns gemeinsam überlegt, wie wir
unsere berufliche Zukunft uns vorstellen,
und uns ist klar geworden, daß es eben
nicht ausreicht systemkonforme Veränderungen
zu verlangen, sondern gesellschaftspolitische
Wandlungen, die eine Gleichberechtigung im
beruflichen und im privaten Leben erlauben,
sind erforderlich.
Auch der Mann muß sich Gedanken machen und
endlich zu seinem Teil der Verantwortung bei-
tragen.

Die heutige Arbeitssituation :
- durchnittliche Arbeitsstunden pro Woche von
60-80 h.
- Teilzeitbeschäftigung ist eine Rarität
- Vorherrschaft der Männer auf der "Karriere-
leiter" nach oben
3,5% aller Chefärzte/tinnen sind Frauen

Wir möchten, daß Frauen und Männer die Mög-
lichkeit haben, eigene Ideen zu ihrer Selbst-
verwirklichung zu entwickeln und auch in die
Praxis umzusetzen.



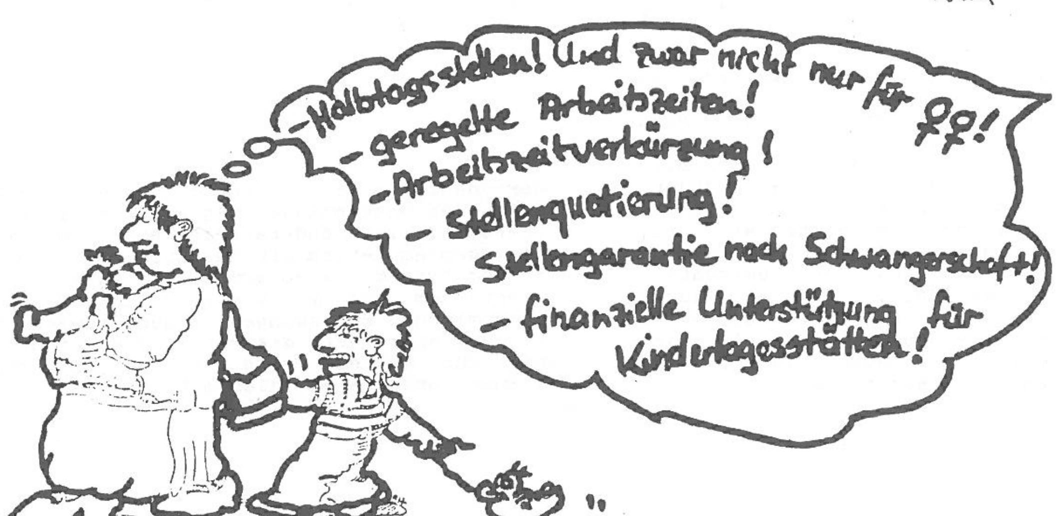
Zu diesen Punkten hatten wir im letzten Se-
mester eine Podiumsdiskussion mit vier Ärz-
tinnen veranstaltet.(Im Übrigen waren ca. 7o
Frauen anwesend/im Vergleich 5 Männer)
Dabei wurde trotz der unterschiedlichen beruf-
lichen Vorstellungen klar, daß diese Frauen
im privaten Bereich sich stark einschränken
mußten, und sogar die Unvereinbarkeit von
Beruf und Familie wurde erwähnt. Viele Frauen
sehen sich vor die Wahl gestellt entweder sich
an patriarchalischen Karrieremodellen nach
Konkurrenzprinzipien anzupassen, oder auf
"Karriere" zu verzichten.
Auch Vorurteile erschweren es der Frau sich
beruflich zu entfalten, prägen das Arbeits-
klima, sodaß sie sich gezwungen fühlen, mehr
leisten zu müßen für die gleiche Anerkennung.

Wir wollen uns jetzt auf andere Themen mehr
konzentrieren, insbesondere Retortenschwanger-
schaft / Leihmütter, Thematik des autonomen
Frauenhauses HL!!

TREFFEN: Dienstags 11 Uhr im BASTA Raum (Mensa)

Mit solidarischem ♀ Gruß !!!

Venai



• BEWERBUNGSGESPRÄCHE •

Seit dem Wintersemster 1986/87 gibt es eine neue Regelung für die Vergabe der Studienplätze im Bereich Medizin .15% aller Studienplätze werden neuerdings über sog. Bewerbungsgespräche vergeben.
Wie geht das vonstatten ?
Die ZVS in Dortmund (diese Abkürzung brauche ich ja wohl niemandem erklären) schlägt aus dem Pool derer, die über NC, Testergebnis oder Quote aus beidem zusammen keinen Studienplatz erhalten haben den einzelnen Universitäten eine Zahl von Studentzen vor, die die Chance bekommen, an einem Auswahlgespräch teilzunehmen. Dieses Gespräch wird von zwei Professoren geführt. Es werden 3x so viele Studenten vorgeschlagen und eingeladen, wie Studienplätze zu vergeben sind.
Auch ich gehörte zu den Auserwählten, denen die Gnade eines solchen Gespräches zuteil wurde. Gleichzeitig mit der Mitteilung der ZVS, erneut keinen Studienplatz erhalten zu haben, bekam ich aus Lübeck einen Brief folgenden Inhaltes:

Betr.: Auswahlgespräche im Rahmen des Zulassungsverfahrens zum Medizinstudium

Sehr geehrter Herr Meßer,

die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) hat Sie der Medizinschen Universität zu Lübeck als Teilnehmer am Auswahlgespräch benannt.
In diesem Auswahlgespräch werden zwei Professoren der Universität Sie zu Ihrer Motivation und Eignung für den Arztberuf befragen.
Die Teilnehmer werden Ihnen zu Beginn des Gespräches vorgestellt. Das Gespräch dauert in der Regel 30 Minuten, ist nicht öffentlich und wird als Einzelgespräch durchgeführt.(...)

Dieser Umstand und die Tatsache, daß im Gespräch ist, in Zukunft alle Studienplätze in Medizin über solche Gespräche zu verteilen (siehe Artikel über die Landesastenkonferenz in dieser Ausgabe) erscheinen mir Anlass genug, darüber ein paar Zeilen zu verlieren.



Manche Eltern können nicht verstehen, warum ihre Kinder nicht Medizin studieren können . . .

Ich habe diejenigen Professoren angeschrieben, die damals an diesen Gesprächen beteiligt waren.
Professor Traut vom Institut für Biologie antwortete mit folgendem Brief:

Medizinische Universität zu Lübeck

Institut für Biologie

Medizinische Universität zu Lübeck - Institut für Biologie
Ratzeburger Allee 160, D-2400 Lübeck 1

Studentenschaft der
Medizinischen Uni Lübeck
Allgemeiner Studentenausschuß
z. Hd. Herrn I. Meßer

im Hause

Telefon: (0451) 500/ 4100

Datum: 11.09.1987 / gr

Sehr geehrter Herr Meßer,

ich gebe Ihnen gerne Auskunft über meine Erfahrungen mit den Auswahlgesprächen.

Mein anfängliches Mißtrauen gegenüber dieser Auswahlform ist nach der ersten Runde dieser Gespräche vergangen. Die halbstündige Unterhaltung über unterschiedliche Themen gibt mehr Auskunft über die Eignung, Studierwilligkeit, Studierfähigkeit und das Engagement, als ich es zunächst erwartet hatte. Vermutlich ist die Beurteilung nicht unfehlbar. Auch auf diese Weise werden hin und wieder Ungeeignete einen Studienplatz erhalten. Eine begleitende Untersuchung über den Studienerfolg und die Qualifikation im Beruf wäre deswegen interessant. Ich würde es - trotz des enormen Aufwandes - für gut halten, wenn sich die Universitäten alle "ihre" Studenten durch diese menschliche Beurteilung aussuchen könnten und nicht auf die mehr oder weniger rechnerischen Mittel, die Tests und den Zufallsgenerator der Zentrale in Dortmund zurückgreifen müßten.

Mit freundlichem Gruß

(Prof.Dr. Walther Traut)

Mit Professor Weiß von Institut für Physiologie führte ich ein recht ausgiebiges Gespräch. Dieses in seiner vollen Länge wiederzugeben würde den Rahmen dieses Artikels sicherlich sprengen. Ich werde versuchen, nichts wesentliches zu vergessen, alles unwesentliche herauszulassen.

W: Einleitend läßt sich sagen, daß unter den Hochschullehrern, die diese Prüfungen durchführen sollten, zunächst eine gewisse Skepsis herrschte gegenüber dem Verfahren. Bei den meisten herrschte Zweifel darüber, ob man in einem punktuellen Gespräch ausreichend viele Informationen über einen Kandidaten bekommen könne, um beurteilen zu können, ob er nun gegenüber einem anderen Kandidaten günstigere Voraussetzungen für das Medizinstudium mitbringt als sein Mitbewerber.
Es gab so ein wenig Furcht vor der anscheinend mangelnden Objektivierbarkeit.
Man hat sich im Kollegenkreis um die Schaffung einer gewissen Gleichförmigkeit der Situation für die Kandidaten bemüht, und versucht, ein paar Fragen zu formulieren, die man inhaltlich an alle Kandidaten richten wollte.
Es ging zunächst einmal um die allgemeine Biographie, um eine Schilderung des Lebenslaufes, um die Frage nach besonderen schulischen und außerschulischen Aktivitäten, um soziale Neigungen und Tätigkeiten und um naturwissenschaftliche Interessen.

Daß man nach naturwissenschaftlichen Interessen fragt, liegt natürlich bei diesem Studium auf der Hand.
Menschen oder Bücher, die Einfluß auf die Interessen und Aktivitäten gehabt haben verraten auch einiges über einen Menschen.
Dann kam natürlich noch die unausweichliche Frage nach den Gründen für den Wunsch Medizin zu studieren.
Man versuchte sich auch einen Eindruck zu verschaffen von der Fähigkeit des Kandidaten, sich mit Belastungssituationen auseinanderzusetzen, indem man ihn auf besondere Belastungssituationen in der Schule oder im privaten / familiären Bereich ansprach.(...)
(...) Wir alle sind uns darüber im klaren, daß man so nur einen Eindruck gewinnen kann, und daß dieser Eindruck subjektiv ist. Es gibt eben Leute, die sich sehr gut verkaufen können, und die auch sehr schnell ein Gespür dafür kriegen, wie wir bestimmte Fragen bewerten. Alles das geht natürlich mit ein und ist somit das nicht-objektive Moment eines solchen Auswahlgespräches.(...)
(...) Nun ist schonmal ganz gut, daß bei der Zusammensetzung dieser Zweiergruppen von Interwievern bedacht wurde, möglichst "Gegensatzpaare " zusammenzukoppeln. Man hat sich einen Physiologen gesucht und man hat sich einen Psychiater gesucht.
Man kann ja grob vereinfachend davon ausgehen, daß der Physiologe eher danach fragt, was denn in Physik, Chemie oder in Mathematik so gewesen ist, wohingegen zu vermuten ist, daß ein Psychiater dem Kandidaten eher im emotional-charakterlichen Bereich auf den Zahn fühlt.
So konnte man bei der Beurteilung schon ein breites Gesammtspektrum herstellen und gewisse Unbalanciertheiten ausgleichen.
Von Seiten der Hochschullehrer ist über diese ganze Sache ziemlich viel nachgedacht worden .
Wir haben das nicht auf die leichte Schulter genommen, weil wir uns darüber im Klaren sind, daß das Ganze für die Betroffenen eine schicksalsbestimmende Frage ist.(...)
(...) man darf auch nicht vergessen, daß uns diese Aufgabe quasi vom Gesetzgeber vorgegeben worden ist.
Ich bin ganz sicher, einige von denen, die diese Gespräche nachher geführt haben, hätten es " freiwillig " nicht getan, weil sie eben Bedenken haben, gezwungen zu sein, kein ausreichend begründetes Urteil fällen zu müssen.



. . . und andere wiederum begreifen nicht, warum sie nicht Medizin studieren wollen.

Nach allen Gesprächen gingen wir die ganze Gruppe durch und diskutieren über die inhaltlichen Aussagen des einzelnen, über die wir uns während des Gespräches Notizen gemacht haben.(...)

(...) Es kann ja auch sein, daß ein Kandidat sagt " Es war mir nicht schon immer ein QAnliegen, dem leidenden Menscehn zu helfen, aber..." , und dann kommt etwas vernünftiges.
Dann sagen wir auch , aha, der hat erstmal den Mut etwas zu sagen, das nicht auf der Straße liegt und dann kann er seinen Wunsch unter Auslassung dieser sozialen Geschichte sehr gut begründen. Solche Leute muß es auch geben.Auch sie sollten die Chanca haben, Medizin zu studieren. Man darf nicht so ein einseitig fixiertes Bild haben, weil das Berufsbild , daß ein Medizinstudium voraussetzt, ungeheuer groß ist.(...)
(...)Mir liegt wirklich daran, daß auch die Studenten wissen, daß die mit dieser Aufgabe betrauten sich weder nach dieser Aufgabe gedrängt haben, noch sie auf die leichte Schulter genommen haben und daß wir uns der Problematik solcher punktuellen Situationen durchaus bewußt sind.(...)

I: Halten Sie diese Gespräche für ein legitimeres Mittel zur Vergabe der Studienplätze als den Test für medizinische Studiengänge oder den NC? Sollte man mehr



Der Nachtdienst erfüllt auch nicht immer die in ihn gesetzten Erwartungen . . .

Studienplätze über diese Methode vergeben ?

W:(Pause) Das ist eine sehr schwere Frage.
Ich halte von dem Test nichts. Das kann ch ruhig laut sagen. Die "ganz tollen Abiturfritzen", diese Überflieger sollten schon wie bisher einen Studienplatz erhalten.Der Restden Test sollten sie begraben- sollte auf diese Weise zugelassen werden.(...)
(...)Ich halte ein ausgewogenes Verfahren der subjektiven Beurteilung, wenn mehrere voneinander unabhängige Personen einen Kandidaten ausreichend lange interwieven, für ein korrektes verfahren.
Deswegen sollte man dieses Verfahren auf breitere Basis stellen. Der Kandidat müßte mehr als zwei Leuten gegenübergestellt werden.
Ich würde sagen drei oder vier je nachdem, was sich pwersonell schaffen ließe, wäre meiner Ansicht nach das Optimale, solange man nicht jeden der will zulassen kann.



. . . und die Nacht benutzen, um ihre Lebensgeschichte loszuwerden.

Ein egozentrischer Aspekt von uns Hochschullehreren ist allerdings der, daß es eine imense Arbeit darstellt. Deswegen drängele ich mich gar nicht danach.

I: Ich danke Ihnen für dieses ausführliche Gespräch.

Für mich persönlich war es sehr inteessant, die Meinung desjenigen zu diesem Thema zu hören, bei dem ich damals mein Bewerbungsgespräch hatte.
Ich bin der Meinung, daß die jetzige Basis, das Gespräch mit nur zwei Professoren eine zu unausgewogene Sache ist, zumal man nicht voraussetzen kann, daß sich allenortens solche ausführlichen Gedanken dazu gemacht werden, wie es in o.g. Gespräch ja doch deutlich wurde. Ein Verfahren, wie es Professor Weiß im Schlußteil unseres Gespräches vorschlägt, halte ich durchaus für angemessen, da dieses Verfahren sicherlich mehr aussagt als ein bewiesenermaßen erlernbarer TMS oder ein doch meist durch nicht gerade sehr soziales schulisches Verhalten zustandegekommener NC von 1 komma irgendwas.
Ich fände es gut, wenn Ihr diesen Artikel als Anregung zur Diskussion verstehen würdet und wenn auch weitere Hochschullehrer und betroffene Studenten Ihre Erfahrungen schreiben würden. Vielleicht läßt sich dieser Artikel ja in einer der nächsten Ausgaben fortsetzen.

Ingo



... da besonders weibliche Patienten oft nicht ruhig schlafen .



Früher bezogen angehende Mediziner erste anatomische Kenntnisse aus dem Bücherschrank . . .

AIP – weiterhin Unsicherheit

Ein Telefongespräch mit dem Sozialministerium in Kiel am 4.11.87 ergab, daß die Suche nach AIP-Plätzen weitergeht. Knapp 1 Jahr vor Start der erstmaligen AIP-Phase besteht für die Kommilitonen also weiterhin Unsicherheit über die weitere Zukunft. Man ist krampfhaft bemüht, geeignete Stellen zu finden. Über die Möglichkeit einer weiteren Verschiebung des Startes der AIP-Phase wollte man sich nicht äußern.
Damit wurde ein weiteres Mal ein Versprechen des Sozialministeriums, gegeben von Frau Dr.Hübener im Sommer auf einer Veranstaltung hier in Lübeck, gebrochen, man werde bis zum Herbst das AIP-Problem gelöst haben.
An der MUzL würden 15 AIP-Plätze pro Jahr, also 6-7 pro Semester als zusätzliche Stellen geschaffen. Eine ähnliche Zahl an Stellen soll im Krankenhaus Süd geschaffen werden. Kaum oder keine Stellen wird es bei niedergelassenen Ärzten/innen geben. Der Hartmann-BUND hat in seiner Mitgliederzeitung im September auf die Unzumutbarkeit der Übernahme von AIPs in die Praxis verwiesen. Er fordert die ersatzlose Streichung der AIP-Phase.
Es bleibt abzuwarten, ob Rita Süßmuth wie versprochen den AIP fallen läßt, wenn sich die Schaffung einer ausreichenden Zahl an Stellen als unmöglich erweist.
Ansonsten drohen uns erhebliche Wartezeiten.

BEI KRANKHEIT MÜNDLICH

Zum letzten Mal wird im März 1988 das zweite Staatsexamen nach der alten Approbationsordnung durchgeführt. Ab August 1988 wird es dann die zusätzlichen mündlichen Prüfungen geben. Wer sich zum Frühjahrexamen anmeldet muß zur Prüfung antreten, um notfalls im August um die mündlichen Prüfungen herumzukommen. Wer wegen Krankheit die Prufung im März nicht absolvieren kann und sich abmeldet, wird mündlich geprüft werden.

wg. Materialverkauf

Nun geht er wohl wieder los, der alljährliche Verkaufsstreß während der AStA Bürozeiten. Wie jedes Jahr werden wir auch dieses Jahr unsere organisatorischen Schwierigkeiten haben. Seid deshalb bitte nicht böse, wenn wieder kurzfristige Materialengpässe auftreten sollten. Wir sind jedenfalls intensiv bemüht, möglichst alle Matrialien anbieten zu können, dies sind im einzelnen:

Geräte:

Doppelschlauchstethoskop	34,00 DM
Reflexhammer nach Troemner, chromiert	34,00 DM
Reflexhammer mit Nadel und Pinsel	44,50 DM
Diagnostiklampe	6,50 DM
Präparierbesteck	38,50 DM

Bücher:

Herold-Skripte "Innere Med."	43,00 DM
Transparenz-Telegr., (Weiße Liste), Aufl. 85/86, Restexemplare	15,00 DM
Roche Lexikon (Med. Wörterbuch) neue Auflage	61,20 DM

Zur Studiensituation...

Leute, freut Euch, es sind wieder einige Änderungen, die unser Studium betreffen, in Sicht! Die Kultusminister, Herr Möllemann und andere nette Leute haben an uns Student(innen) gedacht und haben sich einiges einfallen lassen:
1. Das Hochschulrahmengesetz soll so geändert werden, daß Steilkurse für besonders begabte, intelligente und engagierte Student(innen) eingeführt werden können und daß die Drittmittelforschung unkontrolliert ausgeweitet werden kann.
2. Die Einführung von Studiengebühren wird noch immer diskutiert.
3. Der Bildungsminister weigert sich, die Bafög-Regelung generell zu überarbeiten.Dafür denkt er darüber nach, wieweit künftig Ausbildungsförderungen über privatwirtschaftliche Kreditunternehmen finanziert werden könnten. Die Regelung, die das sogenannte Mittelstandsloch (2500-3000 DM Einkommen) abbauen soll, sähe so aus: Die Hälfte der Unterstützung würde von den Eltern getragen,der Rest in Form eines Kredites von Banken, etc. (mit einem Zinssatz von ca.6%).
4. Die ZVS soll ihren jetzigen Stellenwert verlieren, d.h. Studienplätze werden künftig zum überwiegenden Teil anhand von Auswahlgesprächen vergeben , der Rest direkt von der ZVS. Für den einzelnen heißt dies, daß er/sie sich direkt an jeder Universität bewerben muß. Das heißt aber auch, daß "Uni-Hitlisten" aufgestellt werden, wobei kleinere Uni's vom Angebot her in keiner Weise mit den großen konkurrieren können und immer hinten anstehen müssen.
5+6. Was Fachhochschulen ganz besonders betrifft: Es soll eine einmalige Wiederholbarkeit der Prüfungen und eine Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten von Studienfristen eingeführt werden, wodurch wieder die Leute bestraft werden, die Kinder haben oder zwischendurch arbeiten müssen, um sich über Wasser zu halten. Außerdem gibt es keinerlei Bemühungen um die Anerkennung der Fachhochschuldiplome in der EG.
Das wäre vorerst nicht so schlimm, weil die FH-Diplome in der Bundesrepublik zur Zeit noch gelten. Ab 1992 aber gilt in der BRD nur noch EG-Recht, wodurch die FH-Studenten/innen im "Luftleeren Raum" stehen.
7. Als letzter Punkt steht die Abschaffung der VDS (Verband deutscher Studentenschaften) zur Diskussion. Als Ersatz soll ein Bundesstudentenparlament eingerichtet werden, das dann von Möllemann kontrolliert würde. Pro 10.000 Studenten soll es einen gewählten Vertreter in diesem Parlament geben. Das wären für SWH ganze 3 Vertreter. Für die Wahlen sollen Landeslisten aufgestellt werden, die zuvor auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft werden müssen. Der Zweck dieses Parlamentes liegt auf der Hand: Das Mitbestimmungsrecht der Studenten wird untergraben, da das BSP nur Vorschläge machen darf und froh sein muß, wenn sich diese jemand anhört. Selbst, wenn es die Asten nach Abschaffen des VDS noch gäbe, wären sie recht hilflos, da eine bundesweite Koordinierung der Arbeit und der Aktionen unmöglich geworden wäre.

Für alle, die dieses so nicht hinnehmen können oder wollen, gibt es am 28.11.1987 eine bundesweite Demo in Bonn. Von den meisten Unis fahren dazu Busse. Wer interessiert ist, melde sich doch bitte im AStA.

Sorjo

Leben von Luft und Wissenschaft

Sie arbeiten als Aufsicht in Bibliotheken und Archiven, geben Hilfestellungen in Labors und bei der Studienberatung. Sie leisten Forschungsarbeit bei Professoren und Dozenten und ersetzen manchmal deren Sekretärin. Als Tutoren sind sie an einigen Universitäten und Hochschulen in der Lehre unersetzlich geworden.
Die Rede ist von den rund 100.000 studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften (auch "HiWis" genannt), die an den Hochschulen beschäftigt sind. In Berlin kamen Anfang Oktober 180 Vertreter zu einer bundesweiten Tagung zusammen.
Die Notwendigkeit, das Studium zu einem guten Teil selbst finanzieren zu müssen, erklärt das Motiv studentischer Beschäftigung nur unvollständig. Viele Hilfskräfte verbinden mit ihrer Tätigkeit die Hoffnung sich wissenschaftlich qualifizieren zu können. Bei der Besetzung der Stellen herschen aber teilweise Willkür und Zufall. Eine Ausschreibung erfolgt nur selten.
Die persönliche Abhängigkeit vom Hochschullehrer ist für viele Beschäftigungsverhältnisse kennzeichnend. Ohne Beteiligung der Personalräte - wenn überhaupt, sehen die Personalvertretungsgesetze der Länder eine Vertretung der "HiWis" nur auf persönlichen Antrag hin vor - werden Arbeitsaufgaben, tägliche Arbeitszeit und Vertragsbefristung festgelegt. Gerade der letzte Punkt ist den Betroffenen ein Dorn im Auge. Dabei wird weniger die Frage der Befristung als die oft nur sehr kurzen Laufzeiten der Verträge.
Die Geschäftsführer der GEW kritisierte "Die Hochschulen müssen damit aufhören, die studentischen Beschäftigten als flexible Einsatzreserve zu behandeln." Wer Aufgaben der Hochschule in Forschung und Lehre erledige, müsse auch den Status eines Arbeitnehmers im Wissenschaftsbereich erhalten.
Die Arbeitgeberseite sieht dieses ganz anders: Die Hilfskräfte seien in erster Linie Studenten oder Doktoranden, erklärte der Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), Karl-Heinz Kiefer. Der Vertreter der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Joachim Weber, äußerte sich vorsichtiger. Eine flexible Handhabung sei unter dem Druck finanzieller Restriktionen für die Hochschulen von Vorteil, andererseits müsse die soziale Absicherung vorrangig verbessert werden. Weber weiter: Wenn Tarifverträge dazu beitragen könnten, solle man darüber nachdenken.
Einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte gibt es derzeit nur in Berlin. Für die übrigen Bundesländer erläßt die TdL Richtlinien über Vergütungen und Vertragsbedingungen.
Den "HiWis" geht es um Mindestbeschäftigungsbedingungen bei der Ausgestaltung ihrer Verträge. Zwei Jahre Laufzeit mit der Möglichkeit der Verlängerung um ein Jahr wird in den "Berliner Thesen" gefordert. Der Vertragsumfang müsse mindestens 40 Stunden im Monat betragen, der der wissenschaftlichen Hilfskräfte mit Hochschulabschluß mindestens 20 Stunden wöchentlich. Die Stundenvergütung für Tätigkeiten mit Qualitätsaanforderungen hätten sich dabei an der Vergütungsgruppe Vc des BAT zu orientieren (1987: 16,55 DM/Stunde).
Die Gewerkschaften ÖTV und GEW forderten die Tarifgemeinschaft dazu auf, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.
(A. Botsch, H. Köster)



Doktorarbeit

Als Studentenvertreter in der Promotionskommision möchte ich im Folgenden einige Tips zum Thema Doktorarbeit geben.



So töricht ist der Mensch. — Er stutzt,
Schaut dämisch drein und ist verdutzt,
Anstatt sich erst mal solche Sachen
In aller Ruhe klarzumachen. —
Hier strotzt die Backe voller Saft;
Da hängt die Hand, gefüllt mit Kraft.
Die Kraft, infolge von Erregung,
Verwandelt sich in Schwungbewegung.
Bewegung, die in schnellem Blitze
Zur Backe eilt, wird hier zu Hitze.
Die Hitze aber, durch Entzündung
Der Nerven, brennt als Schmerzempfindung
Bis in den tiefsten Seelenkern,
Und dies Gefühl hat keiner gern.
Ohrfeige heißt man diese Handlung,
Der Forscher nennt es Kraftverwandlung.

1. Doktorarbeit: warum?

Es gibt wohl im wesentlichen 3 Triebfedern, eine Doktorarbeit zu beginnen. Zum Einen, weil man Lust hat, etwas Eigenes, über den Studienplan hinausgehendes zu tun. Zum Anderen will man seine Bewerbungschancen verbessern, stellt doch die Dissertation einen der wenigen Nachweise dar, daß man während des Studiums Eigeninitiative und Durchhaltevermögen besessen hat. Steht dieser Punkt im Vordergrund, sollte man die Arbeit natürlich zur Bewerbung zumindestens eingereicht haben. Zum Dritten ist ein Dr.-Titel natürlich gut für eine eventuelle Niederlassung, will man nicht als ein Arzt 2. Klasse dastehen.

2. Wann?

Der günstigste Zeitpunkt, eine Arbeit zu beginnen, scheint mir nach dem 1. Teil, also i.A. nach dem 2. klinischen Semester zu sein. Später kollidiert man mit dem PJ, wo wenig Zeit zum Zusammenschreiben bleibt (es sei denn, man macht Chirurgie in Ost...). Vorher ist der Studiendruck meist zu groß.

3. Bei wem?

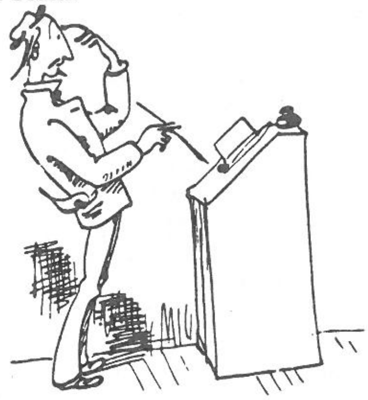
Hier lohnt es sich, zunächst umfangreiche Nachforschungen anzustellen, bevor man sich einem Doktorelter verschreibt, muß man es doch meist ca. zwei Jahre mit dieser Person aushalten (und umgekehrt). Also: fragen, fragen, fragen, v.a. Altdoktoranden und ältere Semester. In den Forschungsberichten der Muzl (die irgendwo auch in der Bibliothek rumliegen) findet man Informationen zu den Arbeitsgebieten und Veröffentlichungen der Arbeitsgruppen. So kann man als Doktorand schon eine Vorstellung entwickeln, welchem Gebiet man sich intensiv widmen will und ob man theoretisch-experimentell (v.a. Vorklinik, Pharma/Toxi), klinisch experimentell oder nichtexperimentell arbeiten will, oder ob es einem mehr zu Kaffeesatzlesen zieht (Allgemeinmedizin). Danach wird man zu den betreffenden Personen hingehen und dabei natürlich auch Mißerfolgserlebnisse haben. Diese sollten Euch aber nicht dazu verführen, nach dem Gießkannenprinzip eine Kliniktour zu machen: daß man hierbei eine Niete zieht, ist nicht unwahrscheinlich.



4. Abbrechen

Es kommt immer einmal vor, daß man mit der gewählten Arbeit nicht zurecht kommt, sei es, weil die Vorraussetzungen nicht stimmten, weil einem Thema und Methodik nicht mehr gefallen, oder weil Probleme mit Doktorelter

oder Laborpersonal auftreten. In solchen Fällen ist es besser, früh abzubrechen. Spätabbrüche nach einem Jahr und mehr sind natürlich für alle Beteiligten schmerzhaft. Eigentlich selbstverständlich: nicht einfach wegbleiben, sondern mit dem Betreuer über das Problem reden.



Jetzt steht er still und ruft: „Aha!"
Denn schon ist ein Gedanke da.

5. Zusammenschreiben

Hat man den sogenannten praktischen Teil hinter sich gebracht, muß man damit rechnen, noch einmal so lange mit dem Zusammenschreiben beschäftigt zu sein. Dazu besorgt man sich das Doktorandenmerkblatt im Sekretariat des Dekanats neben der Bibliothek in der Zeit von 9 - 12 Uhr. Tip: Seid freundlich....
In diesem genialen Erguß finden sich unter anderem Hinweise zu Formalien, die ich hier nicht wiederholen möchte. Nur eines möchte ich betonen: eine Doktorarbeit sollte NICHT 100 Seiten lang sein und 100 Literaturzitate enthalten, wie ein Lübecker Doktorvater seinen Doktoranden als Maßstab setzte. 30 Seiten können völlig ausreichen. Gerade in letzter Zeit haben einige aufgeblähte Arbeiten (eine mit 100 Seiten, eine gar mit 190!) nur mit großer Mühe die Hürde des Promotionsausschusses genommen. Also: machts so lang wie nötig und so kurz wie möglich.
Hat man schließlich einen Text zusammen, den man für gut hält, gibt man diese Fassung vor dem Einreichen noch einmal jemanden (nicht dem Doktorvater!), der etwas von Rechtschreibung und Zeichensetzung versteht. Dann kopiert man die endgültige, maschinen- bzw. computer-geschriebene Fassung viermal, läßt drei davon binden und verstaut eine in einen Klemmhefter, der leider sehr teuer ist. Paßfoto und Unterschrift nicht vergessen. Wenn ihr auf das Titelblatt unter den Namen den Geburtsort und nicht den Studienort schreibt, macht ihr Prof. Busch eine große Freude! Auf der letzten Seite des Doktorandenmerkblattes finden sich die beizufügenden Unterlagen, mit denen ausgerüstet ihr die Doktorarbeit im Dekanat einreichen könnt. Das Polizeiliche Führungszeugnis kann direkt ans Dekanat gesendet werden.

6. Weiterer Ablauf

Vom Dekan wird jetzt ein Referat (von Eurem Doktorelter) und ein Koreferat (vom großen Unbekannten) angefordert, in denen die Arbeit



u.a. benotet wird. Dabei entspricht in Lübeck: rite : 3, cum laude : 2, magna cum laude : 1 und summa cum laude : exorbitant. Einige Habilitierte insbesondere in der Gyn und in der Kinderklinik lassen sich mit diesen Dingen sehr viel Zeit. Sollte das Referat länger als drei, das Korreferat länger als sechs Monate auf sich warten lassen, wendet Euch bitte an den Asta oder an mich. Die Namen dieser Personen kommen auf eine schwarze Liste und werden gegebenenfalls veröffentlicht.
Arbeit, Referat und Korreferat werden in der Promotionskommission besprochen. Hier wird auch über Annahme und Benotung diskutiert.
Das Rigorosum (mündliche Prüfung: meist locker!) und Promotion erfolgen erst nach der Approbation, bzw. nach vorläufiger A. oder wie man das dann nennen wird. Diese müßt Ihr dem Dekanat schriftlich kundtun, sonst liegt Eure Arbeit auf Eis.
Na, dann man tau!

Jörg Braun', Loignystr. 14, Tel. 622145

Sommerfest am 20.06.1987

Diese Zeilen sollen den Erstsemestern und all denen, die nicht kommen konten/ wollten, einen Eindruck von dem Ereignis geben, welches Wochen vor- und nachher die gesamte deutsche Regenbogenpresse beschäftigte.
Nach langer Vorbereitung die z.T. chaotische Ausmaße annahm (z.B. Telefonterror meiner geplagten WG-Genossinen), sowie reger Anteilnahme der Studentenschaft, konnte eigentlich nichts mehr schiefgehen.
Wir feteten draußen (welch Wagemut) auf dem Vorklinikgelände zwischen der Bücherei und den HS und hatten allerhand "Kultur" angelockt: 2 live-Gruppen, Jazztanzgruppe, Verpflegungsstände der ausländischen Studenten/-innen (Köfte bei den Türken, Frühlingsrolle bei den Persern, Biäh bei den Norwegern (wo sonst????), Saft beim AStA-"Saftladen", Volleyball, Einradfahren, Darts, Waffelstand von der "Chaoten-Sven-Gang", etc..
Die Stimmung war gut, obwohl (oder vielleicht gerade weil) die Zahl der Mediziner unter den Besuchern nicht allzu gewaltig war.
Keiner großen Beliebtheit erfreute sich leider die erste Gruppe aus Kassel, die waschechten New-Orleans-Jazz spielte der wirklich erste Klasse war.
Da meinte man fast vor einem Haufen Banausen zu stehen....
Leider fing es dann an zu schiffen und zwar "volles Rohr". Doch das Rock-Trio"Rock'n Robin" schaffte es, dies nasse Elend zu vertreiben, sodaß dann echt der Bär am Steppen war!
In den Pausen fanden sich einige edle Kommilitonen (M.,H.,M.), die die Scheiben wechselten und Cassetten einschoben, sowie ein netter Herr(M.), der eigenes dem Klavier entlockte.
Fazit: Mehr people wären wahrlich besser! Auf- und Abbau würde sich auf mehrere Leute auch besser verteilen.
Wdh. ist dringend angesagt und: Dank allen beteiligten!!!

P.S.: Viel Spaß bei der Erstsemesterféte bzw. der nächsten AStA-Féte.

An alle Erstsemester!

"Grüß Gott, Tach und Moin"
Hier nochmal (s. letzter SpriPu) eine kleine Vorstellung des Kulturreferates. Nachdem mittlerweile die Hälfträ
mittlerweile die Hälftr der Zeit verstrichen
der Zeit verstrichen
mittlerweile die Hälfte der Zeit verstrichen ist(die Wahlen zum Studentenparlament finden am Ende des WS statt) und die Schwierigkeiten (hoffentlich) überwunden sind, erwartet uns das lange und trübe Wintersemester.
Mit zum Strand fahren und sonstigen Frischluftaktivitäten ist es also erstmal Essig. Eigentlich eine gute Gelegenheit sich ins Lübecker und Hamburger Kulturleben zu stürzen. So ziemlich alle Informationen dazu findet Ihr an der Litfaßsäule vor dem Mensagebäude und am Kulturbrett gegenüber dem AStA- Büro im Mensa-Gebäude.
Es hängen aus die Programme der Lübecker Musikhochschule, der hiesigen Bühnen, das Lübecker PLAKAT, ein Hamburg-Theater- und Opern-Plakat sowie zahlreiche Kulturinfos.
Also: Schaut doch mal 'drauf.
Besonders hinzuweisen sei auch auf das AStA-Kulturangebot:

- Studium Generale, Thema:"Sexualität"
- Tanzkurs
- Filmvorführungen
- AStA- Feten

Außerdem hoffe ich, dieses Semester 1 oder 2 Theatergruppen nach Lübeck holen zu können.
Weiterhin suche ich noch immer Leute für den schon im SS geplanten Kammermusikabend und Teilnehmer für die Fotoausstellung. Für letztere stehen 3 Themen zur Auswahl: "Rot", " Weite " und ein freies Thema.
Eure Aufgabe ist es nun, von diesen Angeboten regen Gebrauch zu machen.
Ich hoffe, daß die kulturelle Gestaltung trotz schlechter finanzieller und räumlicher Ausstattung dieser "Universität" einen jeden von Euch anspricht.
Über Unmuts- oder Lobesäußerungen, über Vorschläge und Mitarbeit freut sich

P.S.: An welchem Wochentag Ihr mich im AStA erreichen könnt, hänge ich noch beim AStA aus.

Lustvoll und ohne Angst



NEULICH
saß ich friedlich am
Schreibtisch...



... und bemühte mich, mich vor
meiner Arbeit zu drücken.

Dabei stieß ich auf folgenden Kommentar:

33. DEUTSCHES ÄRZTEBLATT 13. Aug. '87

Auf Kassenkosten?

Lustvoll und ohne Angst

Die Grünen haben im Bundestag einen Gesetzentwurf eingebracht: „Finanzierung empfängnisverhütender Mittel durch die Krankenkassen". Demnach sollen die §§ 200 e und 368 II RVO so geändert werden, daß zur ärztlichen Beratung über Fragen der Empfängnisregelung beziehungsweise -verhütung in Zukunft auch die *Versorgung* mit empfängnisverhütenden Mitteln gehöre.

Die Begründung beruft sich unter anderem auf Postulate von Pro Familia: „Verhütungsmittel sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsvorsorge . . .". Und: „. . . Verhütung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Möglichkeit, Sexualität lustvoll und ohne Angst vor ungewollter Schwangerschaft genießen zu können."

Man sei sich bewußt, heißt es weiter, daß nicht alle Verhütungsmittel gleichermaßen gesundheitlich unbedenklich sind: dennoch seien alle wissenschaftlich anerkannten Methoden zu erstatten, die sich auf beide Partner beziehen. Denn es könne nicht Aufgabe des Gesetzgebers sein, dem Menschen die individuelle Entscheidung für oder gegen ein Verhütungsmittel abzunehmen . . .

Eine schöne „Gesundheitsvorsorge", bei der die Krankenkassen die Kosten auch „gesundheitlich bedenklicher" Verhütungsmittel erstatten sollten! Oder geht es nicht vielmehr darum, daß die Allgemeinheit für das „Genießen" bezahlen soll? Null-Tarif im Bett? – Und was soll das heißen: „Methoden, die sich auf beide Partner beziehen" – gibt es auch andere?

In der Begründung steht übrigens auch ausdrücklich: „Soweit es sich hierbei um heterosexuelle Beziehungen handelt . . ." (sind Verhütungsmittel normal, usw.); was ist eigentlich mit den besonders AIDS-gefährdeten männlichen Homosexuellen? Sollen die etwa ausgeschlossen werden?

Ein solcher Gesetzentwurf hat stets ein sogenanntes „Deckblatt", und da steht: „C. Alternativen: Keine. D. Kosten: Eine Kostenverlagerung zu Ungunsten der Krankenkassen findet statt. Es ist mit einer Krankenkassenbelastung von DM 600 Millionen jährlich zu rechnen."

Vor längerer Zeit gelang es mal einem Arbeitslosen, dessen Frau die „Pille" nicht verträgt, beim Sozialamt einen monatlichen Zuschuß von 10 DM für Kondome loszueisen. Das wären 120 DM im Jahr. Auf dieser Grundlage würden jene 600 Millionen DM jährlich den „Bedarf" von nur 5 Millionen Krankenversicherten decken. Können die Grünen wirklich nicht besser rechnen? Oder haben sie Erkenntnisse, wie die anderen ihre Sexualität „genießen"?

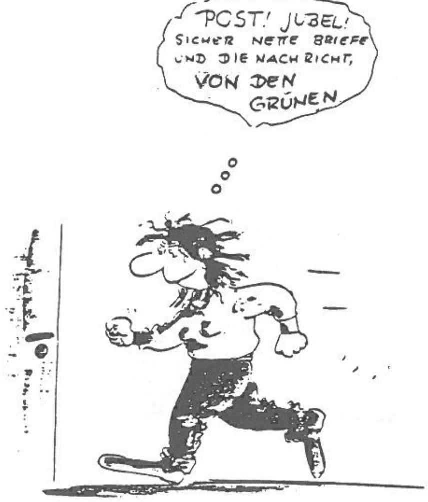
Ein solcher Gesetzentwurf ist einfach nicht ernstzunehmen, war vielleicht auch nur „zur Lust" gemacht . . . king

NACH EINER EXPLOSION MITTLEREN AUSMASSES



Gesagt - getan

und eines Tages...



WAS WAR DENN NUN WIRKLICH DRAN AN DEM ERSCHRÖCKLICHEN

Gesetzentwurf

der Abgeordneten Frau Beck-Oberdorf und der Fraktion DIE GRÜNEN

Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung empfängnisverhütender Mittel durch die Krankenkassen

A. Problem

Der rechtliche Anspruch auf kostenfreien Erhalt von empfängnisverhütenden Mitteln ist bisher ansatzweise nur in der Sozialhilfe verwirklicht.

Entgegen der Leitbildfunktion aus § 1 des Sozialgesetzbuchs (SGB I), der die gleiche Voraussetzung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit — insbesondere auch für junge Leute — festschreibt, besteht kein individueller Anspruch auf kostenfreien Erhalt dieser Mittel.

B. Lösung

Vorschriften in der Reichsversicherungsordnung und der Krankenversicherung für Landwirte sowie in der „Sonstige Hilfen — Richtlinie", die einem Anspruch auf kostenfreien Erhalt empfängnisverhütender Mittel entgegenstehen, werden aufgehoben bzw. verändert.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Eine Kostenverlagerung zuungunsten der Krankenkassen findet statt. Es ist mit einer Krankenkassenbelastung von 600 Millionen DM jährlich zu rechnen.

Begründung

A. Allgemeines

In den letzten zwanzig Jahren hat eine breite Liberalisierung und Enttabuisierung der zwischenmenschlichen Sexualität stattgefunden. So gilt es heute als weitgehend unbestritten, daß eine befriedigende Sexualität für den Menschen einen sehr hohen Stellenwert in seinem körperlichen und seelischen Wohlbefinden hat.

Soweit es sich hierbei um heterosexuelle Beziehungen handelt, gehört zum Alltag der Sexualität untrennbar der Alltag der regelmäßigen Verwendung von Verhütungsmitteln. Eine gelungene, d. h. sichere und streßfreie Verhütung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Möglichkeit, Sexualität lustvoll und ohne Angst vor ungewollter Schwangerschaft genießen zu können. In unserem gesellschaftlichen Bewußtsein muß Sexualität nicht gleichzeitig mit einem Zeugungswunsch verbunden sein, deshalb gehört die alltägliche Verhütungspraxis, und zwar durch Frauen und Männer, ebenso zur gesellschaftlichen Normalität wie die alltägliche Sexualität.

Deshalb ist der Auffassung der Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung, Pro Familia, zuzustimmen, wenn sie sagt: „Verhütungsmittel sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsvorsorge und gehören daher in den Leistungskatalog der Krankenversicherung."

Die Kosten für Verhütungsmittel sind daher von der gesetzlichen Krankenversicherung zu übernehmen.

Wenngleich uns bewußt ist, daß nicht alle Verhütungsmittel gleichermaßen gesundheitlich unbedenklich sind, sind sie dennoch unterschiedslos von den Krankenkassen zu erstatten; denn im Interesse einer selbstbestimmten Sexualität kann es nicht Aufgabe des Gesetzgebers sein, den Menschen die jeweils individuell zu treffende Entscheidung für oder gegen ein Verhütungsmittel abzunehmen.

B. Die Änderungen im einzelnen

Zu § 200e RVO

Das Gesetz sah bisher in § 200e RVO lediglich die Verordnung empfängnisregelnder Mittel und nicht die Versorgung mit empfängnisverhütenden Mitteln vor. Daraus ging hervor, daß der/die Versicherte die empfängnisregelnden Mittel selbst finanzieren mußte, da nur die ärztliche Verschreibung von der Leistungspflicht der Krankenkasse erfaßt wurde.

Analog dem § 37 a Satz 2 BSHG haben die Versicherten jetzt einen rechtlichen Anspruch auf die Finanzierung ihrer gewählten Verhütungsmittel.

Nach der einschlägigen Richtlinie des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen sind dieses alle wissenschaftlich anerkannten Methoden der Empfängnisregelung, die sich auf beide Partner beziehen.

Dieses sind insbesondere

- die Anti-Baby-Pille,
- die Minipille,
- das Kondom,
- das Diaphragma,
- das Intra-Uterin-Pessar (Spirale),
- die Sterilisation des Mannes (Vasektomie),
- die Sterilisation der Frau sowie
- chemische Verhütungsmittel in Form von Creme, Gel, Schaumsprays, Tabletten oder Ovula.

Versicherungsrechtlich handelt es sich bei der Verordnung dieser Mittel um einen „Leistungsfall" — ähnlich der Mutterschaftshilfe —, da es um keine Maßnahme zur Bekämpfung einer Krankheit geht.

Die Leistung kann jederzeit in Anspruch genommen werden, erforderlich ist lediglich, daß der/die Versicherte Mitglied in einer gesetzlichen Krankenkasse ist (§ 225 RVO).

§ 214 Abs. 1 RVO (Ausscheiden aus der gesetzlichen Krankenkasse) gilt entsprechend.

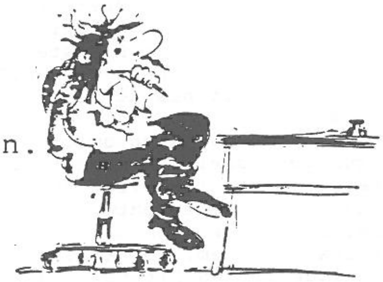
Der gleiche Anspruch wie dem/der Versicherten steht auch den familienberechtigten Angehörigen zu (§ 205 Abs. 1 Satz 1 RVO).

ALSO



spitze ich meinen Füller ....

zernage ihn.





grüble und kritzel..

von der WG immer liebevoll und aufmunternd unterstützt.





und zu guter Letzt auch noch...



Leserbrief an das DEUTSCHE ÄRZTEBLATT
nachrichtlich an
Frau Beck-Oberdorf, MdB
Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG
und an
PRO FAMILIA
Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung
und Familienplanung e.V.

Sehr geehrter "king",
zu Ihrem Kommentar auf Seite eins des 33. Deutschen Ärzteblatts vom 13. August 1987 ("Lustvoll und ohne Angst") habe ich einige grundlegende Kritikpunkte.
Richtigstellen muß ich erstens Ihre Zitate. Es handelt sich lediglich bei dem ersten zitierten Satz um eine Feststellung der Pro Familia, der zweite Satz wird m.E. sinnentstellend verkürzt aus dem Gesetzentwurf direkt zitiert.
Weiterhin geht es nicht um die Kostenerstattung für gesundheitlich bedenkliche Verhütungsmitttel, sondern lediglich um die in der Begründung zum Gesetzentwurf Abs. B Genannten (Pille, Minipille, Kondom, Diaphragma, IUP, Sterilisatio, chem. Mittel). Aus der auch Ihnen zugänglichen Literatur geht hervor, daß außer bei dem Kondom keine uneingeschränkte Unbedenklichkeit besteht.
Ihre rhetorische Frage nach dem Ausschluß Homosexueller ist in einem Gesetzentwurf über empfängnisverhütende Maßnahmen völlig fehl am Platz.
Die Gesamtkosten erscheinen nicht sicher abschätzbar, da nicht vorrausgesagt werden kann, in welchem Ausmaß diese Leistungen in Anspruch genommen würden (vgl. Vorsorgeuntersuchungen!). Man muß weiterhin in Betracht ziehen, daß dieses Gesetz eine Möglichkeit bieten kann, die bei Abtreibungen entstehenden Kosten zu senken, indem eben ungewollte Schwangerschaften verhindert werden, bevor sie entstehen; von der Reduzierung der psychischen, sozialen und körperlichen Belastungen einer Abtreibung für die Betroffene ganz zu schweigen.
Die Allgemeinheit soll nicht den "Null-Tarif im Bett" oder das Genießen Einzelner bezahlen (was sie übrigens für den "Rauchgenuß" bereits tut), sondern die Intention des Gesetzes ist die Verhinderung ungewollter Schwangerschaften und daraus folgend der Abtreibungen. Eine Folge davon kann auch der angstfreie Genuß der Sexualität sein. Für den von Ihnen konstruierten Umkehrschluß findet sich in dem Gesetzentwurf kein Anhalt.

Bemerkung im Voraus : Der Paragraph 218

(Wörtliche Zitate des Gesetzestextes nach SCHMIDT-MATTHIESEN, Gynäkologie und Geburtshilfe, Schattauer Verlag 1985)

Der Abbruch der Schwangerschaft durch einen Arzt ist nicht nach § 218 strafbar, wenn folgende Indikationen gegeben sind:
1. "medizinische Indikation"
Gefahr für das Leben der Mutter oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren.
2. "kindliche Indikation"
Wenn "dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß das Kind ...an einer nicht behebbaren Schädigung seines Gesundheitszustands leiden würde..."
3. "kriminologische Indikation"
Bei Schwangerschaft nach Vergewaltigung
4. "Notlagenindikation"
"... um von der Schwangeren die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die
a) so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann und
b) nicht auf eine andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann."

Abtreibungen

1986: ungefähr 300000 legale Abtreibungen
ca. 80% aus "Notlagenindikation"
Der Kluge folgert:
ES IST WAS FAUL IM STAATE DEUTSCHLAND-WEST.
Offensichtlich gibt es durch ungewollte Schwangerschaften zu viele (soziale) Notlagen, die einen anderen Ausweg als den Abbruch der Schwangerschaft unmöglich erscheinen lassen. Und dies trotz der Stiftung "Mutter und Kind" und anderer finanzieller Hilfen, die an einem Großteil der Probleme offensichtlich vorbeigehen, dadurch daß eben nur die finanzielle Seite ins Auge gefaßt wird. Man denke nur an die verminderten Berufschancen bes. für alleinerziehende Mütter. Ein großer Teil der Frauen, die eine Abtreibung vornehmen lassen, ist unter 20 Jahre alt, d.h. noch in der Schule, in der Ausbildung, auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Was in diesem Lebensabschnitt bei der heutigen Arbeitsmarktsituation eine Schwangerschaft bedeuten würde, ist leicht vorzustellen.
Soviel erstmal zur Seite der Mutter.
Für das Kind stellt sich die Frage nicht so diffenrenziert, sondern knallhart - Leben oder umgebracht werden. Einige (darunter auch durchaus ernstzunehmende) Leute sind der Ansicht, daß dieses "Opfer" (außer bei kriminologischer und medizinischer Indikation, mit Einschränkung auch bei kindlicher) durch nichts gerechtfertigt werden kann.
Es ist von Eltern oder Müttern berichtet worden, die durch intensive Beratungsgespräche und (event.) Finanzspritzen sich entgegen ihrem ursprünglichen Entschluß zur Abtreibung doch zum Austragen des Kindes entschlossen haben und sich jetzt über diesen Entschluß sehr freuen.
Die andere Seite: Die Eltern sind bei dem Entschluß zur Abtreibung geblieben. Ein Extrembeispiel: 35 jährige Patientin, die ich im Gyn-PJ kennengelernt habe, ist stationär wegen Portiokrebs Stadium IIb, hat ein Kind (Sechs Jahre alt) und vor zwei Jahren eine Abtreibung (in Holland, es war ihr hier zuviel Rennerei). Die Frau ist wegen der Abtreibung von Selbstvorwürfen gequält und zermürbt. Weder der sehr verständnisvolle Ehemann noch wir (Ärzte, Schwestern, PJ'ler) konnten ihr bei der Bewältigung dieses Problems wirklich helfen.

Nicht so extrem lesen sich Artikel von und über Frauen, die mit dem Fakt, abgetrieben zu haben, seelisch nicht fertig geworden sind und jetzt ebenfalls mit Schuldgefühlen (von gewisser Seite immer kräftig geschürt) kämpfen.
Fast nur in eindeutig feministischer Literatur liest man von Frauen, die abgetrieben haben und denen dieser Entschluß aber jetzt nicht das ganze Leben versaut, sondern die mit sich selbst im Reinen und zufrieden weiterleben; die dank dieser Entscheidung, in der sie ihr Leben und ihre Zukunft in den * Mittelpunkt gestellt haben und diese nicht einem namenlosen Kind geopfert haben, jetzt die Möglichkeit haben, ihr Leben so zu führen, wie sie es sich ursprüglich gedacht hatten - ohne dieses Kind, eventuell ohne Mann oder mit einem anderen.
Warum passen diese verantwortungslosen Blödfrauen (denn Verhütung ist Frauensache) nicht auf ? Sollen sie doch enthaltsam leben! jault es von rechts und von den offiziellen Stellen der katholischen Kirche. Tja - weil ein befriedigendes Sexualleben Leib und Seele zusammenhält zum Beispiel. Weil es schön und wichig ist, diese intensive Vertrautheit mit einem anderen zu erleben. Weniger wissenschaftlich dröge: weil Sex die schönste (Neben)sache der Welt ist und Spaß macht.
Nun stellt sich das Problem der ungewollten Schwangerschaft, der Verhütung und Enthaltsamkeit ja nicht nur bei quer durch alle Betten fröschelnden Jugendlichen - soll man in einer Ehe, wenn man soviele Kinder hat, wie man will und seelisch und finaziell verkraften kann, enthaltsam leben bis zum Ende aller Tage oder neun Monate nach der Trauung mit selig verdrehten Augen das erste Kind in den Armen wiegen ? Oder soll man sich mit Knaus-Ogino rumärgern, was selten funktioniert, aber die einzige von der kath. Kirche akzeptierte Empfängnisverhütungsmethode ist ? Soviel zur Enthaltsamkeit.
Zurück zur Frage, warum man nicht vorher aufpaßt. Vielleicht weil einem das Gefühl durchgeht. Vielleicht hat man sogar Verhütungsmittel benutzt und das Kondom gefetzt, das Diaphragma verrutscht, die Pille mal ausgekotzt; vielleicht sind uralte Schaumovula benutzt worden, die jedem Spermium nur noch ein müdes Grinsen entlockt haben. Oder man hatte grade keine Kohle - die Verhütungscreme fürs Diaphragma ist teuer, man "streckt" so gut (oder so schlecht) wie´s geht. Man kauft billige Kondome (z.B. ohne spermizide Beschichtung, oder irgendwelche ungeprüften Dinger, die beim Angucken reißen), man hat kein Geld für die neue Pillenpackung oder man braucht nur relativ selten überhaupt irgendwelche Verhütungsmittel und lagert dann eben die schaumerzeugenden Chemikalien Ewigkeiten. Wie auch immer - wenn es mal zur ungewollten Schwangerschaft gekommen ist, dann ist der Besserwisser im Nachhinein derjenige, der am Wenigsten gebraucht wird.
Beschließt jetzt eine Mutter gegen ihren eigenen Willen unter moralischem oder sozialem Druck, ihr Kind zur Welt zu bringen, ohne es zu wollen, dann steht die Mutter-Kind-Beziehung von Anfang an unter einem schlechten Stern. "Nur für dich habe ich alles aufgegeben. Du bist an allem schuld. Ohne dich wäre ich heute...." wird das Kind eventuell zu hören kriegen. Da, z.B. in einem Dorf, ledige Mütter und mit ihr die ganze Sippe erstmal "untendurch" sind, wird die gefallene Tochter, in der Regel selbst noch ein Kind, in die Ehe gedrängt. Der "stolze Vater" ist genauso jung und die Ehe wird, wenn sie nicht in die Brüche geht, zumindest schwierig. "Wenn du nicht unterwegs gewesen wärst, hätte ich diese Schlampe (diesen versoffenen Versager) doch niemals geheiratet". Herrliche Kindheit, in der das Kind herhalten muß für Aggressionen und zerstörte Träume.

Summe über alles: Keiner kann die Entscheidung Kind ja/nein den Eltern (der Mutter) abnehmen- schon garnicht die Juristen. Jeder muß für sich allein und eigenverantwortlich diese Entscheidung treffen, unterstützt durch fähige und einfühlsame Berater, nicht mit dem drohend erhobenen moralischen Zeigefinger.

<u>Empfängnisverhütung ist Abtreibungsprophylaxe - Der Gesetzentwurf der GRÜNEN</u>

Eigentlich wollte ich gar nicht so weit ausholen, um die Problematik etwas zu beleuchten. Aber andrerseits auf gar keinen Fall so platt, vordergründig, hämisch und dumm Papier vollkritzeln wie dieser Kommentator "king" (kong). Da überlegen sich die Grünen eine Möglichkeit, wie man "angstfreie Sexualität" , Geschlechtsverkehr ohne Angst vor ungewollter Schwangerschaft möglich machen kann, was gleichzeitig die Zahl der Abtreibungen senken helfen könnte, und zwar nicht durch Verbot, Repression und Schuldgefühle, sondern indem versucht wird, das alles an der Wurzel anzupacken (vorbeugen ist besser als bohren, präzisiert das die Zahnpasta-Industrie). Wenn Verhütungsmittel von der Kasse bezahlt würden, müßte niemand mehr mit Mitteln jenseits des Verfalldatums operieren, könnten effiziente Kondome gekauft werden, würde die Pille eben endlich nicht mehr unter den Indikationen "Akne", "hormonbedingte vegetative Dystonie", "Zyklusstörungen" den Frauen verschrieben werden, die die Hormone nur zur Verhütung brauchen und nicht bezahlen können. Die Kosten, die den Krankenkassen durch Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel entstehen würden, kann ich nicht abschätzen. Die Grünen schreiben 600 Mio.DM, die wissen hoffentlich auch, wie sie zu dieser Zahl kommen. Es ist nicht abzusehen, ob und um wieviel die Zahl (und damit die Kosten) der Abtreibungen durch diese Maßnahme sinken würde. Man weiß auch nicht, wieviele Leute dies Angebot wahrnehmen würden (zur Krebsvorsorge gehen ja leider auch nur die wenigsten). Fragwürdig ist aber auf alle Fälle die Rechnung, die "king" aufmacht. 10 Emmchen im Monat braucht ja nun nicht jede/r Bundesbürger/in über 14 ! Ein Diaphragma hält ewig (wielange die Tube Verhütungscreme dazu, das Päckchen Kondome, Patentex etc. hält, kann natürlich auch nur individuell beurteilt werden ((☺)), die Spirale kann zwei Jahre liegen bleiben, sterilisieren läßt man sich

in der Regel auch nicht täglich. Wenn man die finanziellen Größenordnungen betrachtet, in der Krankenkassen heutzutage gezwungen sind zu wirtschaften (119,6 Mrd. DM im Jahr 1986; zitiert nach dem Schleswig-Holsteinischen Ärzteblatt, September 1987) dann erscheinen diese angenommenen 600 Mio. als relativ kleiner Fisch. Die Chancen, die in diesem Gesetzentwurf stecken, wären doch einen Versuchsballon wert! Der finanzielle Ruin der Krankenkassen steht dadurch nicht ins Haus.

Und was ich allgemein zum Stil dieses Kommentars sagen wollte:

Ich finde ihn einfach zum Kotzen. Da ist man nun seit vier Monaten (Zwangs)mitglied in der Ärztekammer und bekommt diese fachlich und moralisch hochstehende Zeitschrift frei Haus - und dann soll man sich einen solchen Kommentar einfach gefallenlassen. Was Pro Familia sagt (und nicht aus der Luft greift!) sind "Postulate"; er zitiert falsch (warum ich meine, daß es sich bei "king" um einen Mann handeln muß ? Weil eine Frau im Ärzteblatt nicht auf die erste Seite schreiben darf, darum); sexuellen Genuß hat der Autor offensichtlich nie erlebt, sonst könnte er sich die Anführungszeichen sparen; daß er Homosexuelle mit empfängnisverhütenden Mitteln versorgen will, ist lobenswert, aber dem Stand der Wissenschaft, was die Fortpflanzung betrifft, nicht mehr angemessen (das Gesetz ist ja nicht zur Finanzierung von Maßnahmen, die die Ansteckungsgefahr mit HIV minimieren, obwohl das bei der Finanzierung von Kondomen ein weiterer positiver Aspekt dieses Gesetzentwurfs wäre). Auch wie er das aus dem Zusammenhang reißt und verdreht. Grrrrrr! Und die Allgemeinheit soll den "Null-Tarif im Bett" bezahlen, ja, sogar den "Genuß einzelner". Da empört sich doch jedes auf-rechte Bürgerherz !! (Wir Linken, Ratten und Schmeißfliegen die wir nunmal sind, haben kein Herz, empören uns logischerweise auch nicht; und die pickligen, impotenten Friedesnsnullen ♂ (männlicher) Bauweise auch nicht. Die Frauen sind eh alle potthäßlich, frustriert und frigide). Ne, also ich Ratte wollte nur sagen : die Folgen des "Rauchgenusses" einzelner werden sehr wohl von der Allgemeinheit anstandslos gelöhnt, die z.T. monatelange Pflege und möglichst originalgetreue Wiederherstellung von Leuten, deren "Genuß" der "freien Fahrt für freie Bürger" unvorhergesehenermaßen im Benz des Vordermanns oder am Baum endete, wird auch bezahlt (berechtigterweise).

Alles in allem kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier ein mehr oder weniger hirnloser Partei- (nicht mal Standes-) Politiker im "Organ der Deutschen Ärzteschaft, gegründet 18.." ungehindert seine Meinung verblasen darf, ohne Rücksicht auf Verluste und mit minimalem Gehirnschmalz !

Stellungnahmen, Meinungen, Beschimpfungen bitte an den AStA richten, und "Für Annette Marth" draufschreiben.

Statt eines Famulaturberichtes:

LOW INTENSITY CONFLICT in den Philippinen 1987
Gesundheit als Mittel zur Aufstandsbekämpfung- und deren Opfer

Was die Gesundheitssituation der Bevölkerung betrifft, sind die Philipinen einsames Schlußlicht Südostasiens. In den Krankheitsstatistiken über Tuberkulose, Todesfälle durch Durchfall und Unterernährung bei Kindern nimmt das Land traurige Spitzenplätze ein. Gesundheitsversorgung ist für 70% der Menschen kaum verfügbar - der privatwirtschaftliche Bereich ist für sie nicht bezahlbar, die überfüllten und schlecht ausgerüsteten Regierungskrankenhäuser sind oft weit vom Wohnort entfernt. Die Behandlung ist auch dort kostspielig, da die Medikamente selbst bezahlt werden müssen und deren Preise zu den höchsten in SO-Asien gehören <s. Dr. med Mabuse Nr. 45>. Ein Basisgesundheitssystem, das vor allem der ländlichen Bevölkerung eine adäquate Versorgung bietet, existiert von staatlicher Seite kaum. Solche Initiativen werden überwiegend von regierungsunabhängigen und kirchlichen Organisationen getragen. Erst in jüngster Zeit scheint man von staats wegen das Prinzip der Primary Health Care "entdeckt" zu haben: An der Wurzel will man das Übel packen. Beseitigen will man aber nicht Malaria und Tuberkulose, nicht Durchfallerkrankungen, verseuchtes Trinkwasser und Unterernährung, nicht die allgemeine Armut, sondern an ein anderes Übel hat man gedacht, das es auszurotten gilt: den Kommunismus.

„Die beste Kur für einen Kommunisten

Als ich im Februar dieses Jahres nach Davao City im Süden der Philippinen fuhr, um im dortigen Regierungskrankenhaus eine zweimonatige Famulatur zu absolvieren, wußte ich, daß ich mich in ein politisch heikles Gebiet begeben würde: Seit Jahren galt Davao als Hochburg der Guerilla, der New People`s Army. Ganze Stadtteile, v.a. die von der ärmsten Bevölkerung bewohnten, befanden sich weitgehend unter ihrer Kontrolle.

Recht erstaunt war ich deshalb, als sich innerhalb weniger Wochen das Bild scheinbar völlig veränderte. Gerade an den ärmlichsten Hütten befanden sich plötzlich immer häufiger Schilder mit Aufschriften wie: "Mabuhay (willkommen) Alsa Masa, mabuhay ang Military" , "NPA surrender", "We want God and Democracy".

Nebenstraßen zu Wohngebieten waren plötzlich mit Baumstämmen, nur im Schrittempo zu passieren, blockiert. Daneben ein Unterstand, besetzt mit Zivilisten, jungen Männern, oft noch Teenagern, ausgerüstet mit M16-Gewehren, wie sie auch das philippinische Militär benutzt: ein Alsa Masa-Checkpoint. Durchfahrende Fahrzeuge wurden auf Waffen und Verdächtige untersucht. Schon große Mengen an Lebensmitteln waren suspekt - sie könnten der Versorgung der NPA dienen.

"Alsa Masa", zu deutsch Erhobene Massen: Angetreten zur Bekämpfung der "schlimmsten und ansteckendsten aller Krankheiten, des Kommunismus" - sollte sich die Stimmung so grundlegend gewandelt haben?

Low Intensity Conflict (LIC) - a total war on the grassroot level

Die Wahrheit sieht anders aus. Ich wurde Zeuge der Anwendung einer (gar nicht so) neuen Strategie, des LIC. Angesichts der Unfähigkeit der Armed Forces of the Philippines, die Guerillabewegung militärisch zu besiegen, versucht man andere Wege: Dem Fisch, der NPA, soll das Wasser, nämlich die für einen Guerillakampf unabdingbare Unterstützung durch die Bevölkerung, abgegraben werden. Unterschlupf,Versorgung mit Lebensmitteln und Informationen, all das sollte es für die NPA-Kämpfer nicht mehr geben. Im Sinne einer Radikalkur sollte jedoch auch alles "kommunistische Gedankengut" vernichtet werden. Der Maßstab dafür fällt großzügig aus - äußert man leise Kritik an den sozialen Verhältnissen oder an der Regierung Cory Aquinos, erwartet einen schnell die Frage: "Are you a communist?"

Zu diesem Zweck wurde eine neue paramilitärische Gruppe aus der Taufe gehoben: die Alsa Masa. Sie rekrutiert sich, so die gleichgeschalteten Medien, aus ehemaligen NPA's, die nun, auf den Boden des Gesetzes zurückgekehrt, für Freiheit und Demokratie kämpfen wollen. Menschenrechtsorganisationen, selbst Opfer der Kampagne, sehen dies anders: Vor allem Kriminelle und "Zombies", Militäragenten in den Reihen der NPA, waren es, die die Keimzellen der Alsa Masa bildeten und sich sofort größter Unterstützung des Militärs und der Behörden erfreuten.

ist ein Begräbnis"

Zusammen mit dem Militär wurde Dorf für Dorf, Stadtteil für Stadtteil militarisiert und nach "Verdächtigen" durchkämmt. Die gesamte Bevölkerung wurde auf Listen erfaßt und auf öffentlichen Versammlungen, bei masver Präsenz des Militärs, aufgefordert zu "kapitulieren", sich als NPA-Unterstützer oder Informanten zu bekennen und der Alsa Masa beizutreten. Nichtanwesenheit galt schon als verdächtig. Wer sich weigerte, dessen Haus wurde mit einem X gekennzeichnet, was Durchsuchung und evtl. Zerstörung bedeutete. Auf diese Weise gelangte die Alsa Masa schnell zu astronomischen Mitgliederzahlen - ganze Dorfbevölkerungen, vom Baby bis zum Greis, wurden mitgezählt.

Verheerende Auswirkungen

Daß dies nicht überall so ganz einfach ging, aber auch welche verheerenden Auswirkungen die Militarisierung auf quasi alle Lebensbereiche hat, zeigt das Beispiel der Gemeinde Punta Dumalag, im Süden Davao Citys.

Punta Dumalag, direkt am Meer und bei einer Sägemühle gelegen, ist ein Wohngebiet der "urban poor", der armen Stadtbevölkerung, die stänkig am Rande des Existenzminimums oder darunter lebt. Arbeit gibt es nur für wenige als Tagelöhner in der Sägemühle oder saisonweise bei der Kokosernte. Die Fischerei, noch vor zwei Jahrzehnten ohne Mühe viele Familien ernährend, bringt wegen der zunehmenden Meeresverschmutzung immer geringere Erträge. Nicht nur Kinder litten an Unterernährung und Krankheiten. Alkoholismus und Glücksspiel verschlimmerten die Probleme.

In den letzten Jahren hatte sich jedoch einiges getan. Die Bewohner von P.D. organisierten sich. GesundheitsarbeiterInnen wurden ausgebildet, bis sie eigenständig arbeiten konnten und selber ihre Kenntnisse weitergeben konnten. Mütterkurse über sachgemäße Kindernährung wurden gegeben, das Stillen propagiert. Eine von Terre des Hommes unterstützte "Under 6 Clinic" führte Immunisierungen, Gesundheits- und Gewichtskontrollen durch. Leichtere Krankheiten wurden behandelt, untergewichtige Kinder bekamen Nahrungshilfe. Doch andere Lebensbereiche veränderten sich: Eine Fischervereinigung gründete sich, und im Rahmen von "income generating projects" wurden in Eigenregie Produkte des täglichen Bedarfs wie Seife und Kokosöl hergestellt sowie Seegras gezüchtet, das als proteinreiches Nahrungsmittel in den Philippinen geschätzt wird. Überschüsse konnten verkauft werden.

Durch all dies wurde die Gemeinde unabhängiger - von privaten und unbezahlbaren Gesundheits"diensten", von der Ausbeutung durch Plantagenbesitzer, aber auch von Beeinflussung und Unterdrückung. Die Menschen waren nicht mehr Spielball, sondern kannten das Gefühl, ihre Situation selbst und gemeinschaftlich verbessern zu können.

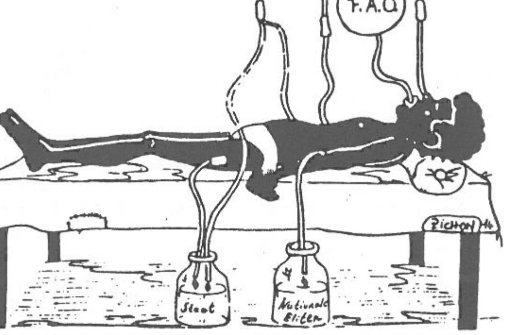
In dieser Gemeinde blieb die erste Militärdurchsuchung erfolglos. Die vom Militär gesuchte "Commander Bising", Anführerin der Gemeinde, war nicht da, und Drohungen und Aufforderungen, der Alsa Masa beizutreten, blieben ergebnislos. Zwei Tage später nahm das Militär in einer Nachbargemeinde drei Männer fest, angebliche Guerilleros. Sie solten das Haus von "Manang Bising" identifizieren. Sie weigerten sich und wurden "auf der Flucht" erschossen. Das Haus von Manang Bising wurde zerstört, sie selbst mußte in den Untergrund gehen.

Nachdem die bisherigen Drohungen nicht fruchteten, wurde ein anderer Weg gewählt. Die Leiche eines Vermißten wurde ausgegraben, der, so das Militär, von seinen NPA-Genossen wegen des Verdachts, ein "Zombie" zu sein, umgebracht worden sei. Dazu brachte das Militär eine angebliche "schwarze Liste" der NPA, auf der sich lauter Freunde und Verwandte des Ausgegrabenen fanden - Teil einer Gruppe, die schon länger in einem internen Konflikt mit dem Rest der Gemeinde stand. Das Militär schaffte es, sie davon zu überzeugen, daß die NPA darauf aus sei, sie zu liquidieren.

Diese Menschen, vier Familien insgesamt, traten nun der Alsa Masa bei. Vom Militär mit Waffen ausgerüstet, kontrollierten sie das Dorf, sprengten die Fischfallen der fishing association in die Luft und verwandelten das Gelände der Seifenprodukion und Ölextraktion in einen Checkpoint.

Mit Mitgliedern der ALAMAPA, einer progressiven Vereinigung von MedizinstudentInnen der örtlichen Medical School, die die Ausbildung der GesundheitsarbeiterInnen übernommen hatten, fuhr ich in die Gemeinde. Was sich mir selbst nicht auf den ersten Blick offenbarte, erfüllte meine Begleiterinnen mit Entsetzen: Spiel und Trinkerei, noch vor Wochen kaum mehr anzutreffen, waren wieder gegenwärtig. Das Health Center, idyllisch am Meer gelegen, war zwar unzerstört, doch im Gegensatz zu früher kamen die Menschen nur zögernd, ängstlich, viele gar nicht - das Risiko, nachher als Kommunisten verdächtigt zu werden, war ihnen zu groß. "We have lost our community", meinte eine Studentin, die nach diesem Besuch vorerst nicht wieder nach P.D. fahren wollte - um sich nicht unnötiger Lebensgefahr auszusetzen. (Daß ich als Westdeutscher, an sich ja des Kommunismus "unverdächtig", den Ort überhaupt betreten durfte, war einzig ein freundliches Entgegenkommen - mit jovialer Geste - des checkpoint leaders. Denn auch die nahegelegene Blindenschule, von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt, schien in Ungnade gefallen zu sein...)

Das Gebäude des Health Centers ist mittlerweile in eine Kapelle verwandelt worden, ganz im Sinne der Alsa Masa: "We fight for God and Democracy". Gott und Demokratie scheinen die Gemeinde erobert zu haben, "Recht und Ordnung" sind wieder intakt - die Selbstbestimmung der Gemeinde, vor allem aber ihr mühsam erarbeitetes Basisgesundheitsprojekt sind auf der Strecke geblieben.



Andere Gemeinden waren auf andere, noch brutalere Weise betroffen. Von Radiopropaganda eingeschüchtert, nach der mit der NPA sympathisierende Dörfer dem Erdboden gleichgemacht würden, flüchteten zigtausende von Menschen, als Kampfhubschrauber begannen, die ersten Dörfer zu bombardieren. Ganze Gebiete wurden zu militärischen Operationsgebieten erklärt und deren Bewohner "evakuiert". In Schulgebäuden untergebracht, waren sie leicht zu kontrollieren, eine eventuelle Unterstützung der Guerilla war unmöglich. Manchen abgelegen wohnenden Familien wurde nicht wieder erlaubt, in ihre Häuser zurückzukehren. Sie mußten sich neue bauen - in einem von der Alsa Masa kontrollierten Dorf. "Hamletting" nennt man diese Taktik in den Philippinen.



CIVIC ACTION

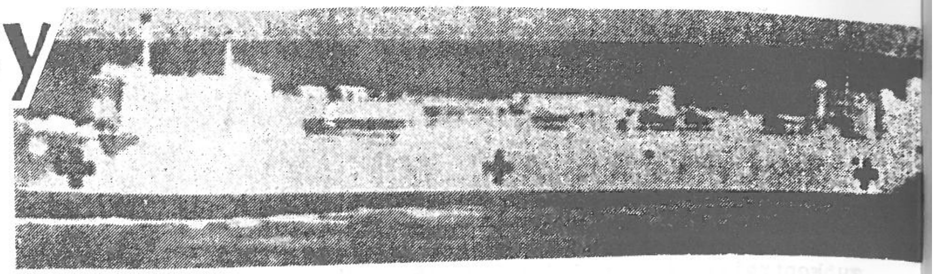
Wichtiger Bestandteil des LIC ist, die Reputation staatstragtender Institutionen, vor allem der für das Fortbestehen der zu konservierenden Gesellschaftsordnung unverzichtbaren, zu verbessern.
Mit besonders schlechtem Ruf ausgestattet sind die Armed Forces of the Philippines. Vom Volk als Schlächtertruppe gefürchtet, waren sie bis zum Schluß die wichtigste Stütze von Ex-Diktator Marcos, bis sich Teile des Militärs von ihm abwandten. Zufällig (?) traf dies mit einem Volksaufstand zusammen - der Mythos der "february revolution" und "people's power" war geboren. Die Armee, der brutalste Teil des Marcos'schen Repressionsapparates, nannte sich nun N(ew)AFP und war Teil der staatlich verordneten people's power.
Als solche will sich nun gern in der Öffentlichkeit (die sie bei ihrem Krieg gegen die NPA scheut; zu groß sind die Opfer gerade in der Zivilbevölkerung) zeigen. Als Freund und Helfer des Volkes möchte sie sich präsentieren - und was bietet sich da besser an als der barmherzige Samariter, der Arzt in Uniform? Flugzeugladungen medizinischer Hilfsgüter im Wert von mehreren Mio US-$ wurden ins Land gebracht und verteilt - vom Militär (während im Regierungskrankenhaus Infusionsschläuche als Drains recycled werden). Und so erlebte ich sie auch in einem der Flüchtlingslager: während ihre Kollegen in menschenleeren Dörfern Guerilleros jagten, zogen sie der geflüchteten Bevölkerung - Zähne.
Daß damit gelegentlich etwas großzügig verfahren wurde, zeigte die Überschrift einer Tageszeitung in Davao: "Davao - a toothless population?"

The coming of the

US-Navy-Ship Mercy

Sich als generöse Wohltäter zu zeigen, verstanden die Vereinigten Staaten schon immer gut. Seitdem sie die Spanier als Kolonialherren ablösten, bescherten sie den Philippinen eine neue Verwaltungssprache, ein Bildungssystem exakt nach US- Muster, eine Nationalhymne zunächst in amerikanischer Sprache. Sie ließen die philippinische Elite in den Staaten studieren, die, zurückgekehrt, den Spitznamen "coconuts" weghatten - außen braun, innen weiß. Die Ideale der Oberschicht waren (und sind) so immer amerikanische; das Land gilt als das Verwestlichste in SO-Asien.
Sie bescherten dem Land auch Militärbasen - sie sind die größten außerhalb der USA und von herausragender strategischer Bedeutung im pazifischen Raum. Die Kriege in Vietnam und Korea wurden von dort geführt. Das Argument jedoch, die US-Army schüfe Arbeitsplätze und garantiere die äußere Sicherheit des Landes, verliert zunehmend an Bedeutung. Anti-Amerikanismus macht sich breit; große weiße Männer mit Schnurrbärten, großen Nasen und abstehenden Ohren werden immer mehr mit Vergnügungszentren und Prostitution assoziiert. Rapide verloren die USA an Popularität, als sie allzulange den verhaßten Diktator Marcos stützten.
Im September '86 weilte Präsidentin Aquino in den Staaten. Ronald Reagan, nun ganz auf seiten der "neuen Demokratie", machte ihr ein Angebot: Ein Krankenhausschiff sollte in die Philippinen entsandt werden. Ausgerüstet mit 12 OPs und modernster Diagnostik, in der Lage, 140 Patienten am Tag zu operieren und 1000 (an Land) zu behandeln. Die Nachricht, daß es nach Davao kommen würde und 14 Tage lang "free medical service" bieten würde, verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Das Radio brachte sie bis in die letzten Ecken, und sie war wirklich unerhört: Operationen, die für viele bislang den finanziellen Ruin bedeutet hätten, sollten nun völlig umsonst durchgeführt werden, lang aufgeschobene Gänge zum Arzt waren nun möglich.
Die Ärzte des Regierungskrankenhauses, vor allen die Chirurgen, waren nicht so begeistert: Durch eine Regierungsorder, sie hätten die Patienten für das "Mercy Ship" zu sichten und vorzuuntersuchen, sahen sie sich zum Hilfspersonal der Amerikaner degradiert.

USNS Mercy



Dieselben OPs, die auch sie tagtäglich vollführen, sollten sie jetzt den Amerikanern überlassen. Kompliziertere Fälle, die mit schlechten Aussichten und deren Behandluchg nicht in zwei Wochen abgeschlossen sein würde,sollten gar nicht erst auf's Schiff kommen. "We get the blame, and they get the glory". Wichtiger als ihre angeknackste Berufsehre war ihnen jedoch der politische Aspekt: Die koloniale Mentalität ihrer Landsleute, nach der alles philippinische nichts taugt, alles westliche hingegen überlegen ist, sahen sie auf's unerträglichste untermauert. Jahrelange Versuche der Bewußtseinsbildung, nämlich daß die Misere des Gesundheitssystems gerade in der kulturellen und wirtschaftlichen Ausbeitung durch die westlichen Industriestaaten liegt, schienen umsonst gewesen zu sein: "They are here to help us" meinten die meisten Davaoenos.

Zahlen konnten kaum überzeugen. 40 Mio US-$ sollte die Mission kosten, eine Summe, mit der ein komplettes Programm zur Bekämpfung der Tuberkulose finanziert werden könnte. Die Kosten für Transport und Unterbringung von Patienten, die aus z.T. entlegenen Landesteilen angekarrt wurden, wurden vom Aquino-Staat getragen und waren nur schwer zu schätzen.

Den wahren Charakter des Schiffes ließ dessen Kapitän selbst außer Zweifel: "Eigentlich ist es gar kein Krankenhausschiff, sondern eher gedacht zur Behandlung von im Krieg verletzten Menschen, um sie innerhalb von 5 Tagen zurück an die Front oder in ein heimisches Krankenhaus schicken zu können." Daß tatsächlich militärische Überlegungen bei der Entsendung der USNS Mercy eine Rolle gespielt haben dürften, liegt auf der Hand: 1991 läuft der Vertrag für die amerikanischen Militärbasen aus. Das philippinische Parlament (wenn es nicht in der Zwischenzeit durch einen Militärputsch beseitigt wird, möglich ist das...) wird über die Verlängerung des Vertrages evtl. einen Volksentscheid beschließen.

Die Regierungsorder wurde so unter allen Mitarbeitern des Krankenhauses heftigst diskutiert. Eine breite Ablehnungsfront kam jedoch nicht zustande. Zu viele, besonders unter den Internisten, fürchteten um ihren Traum von einer Karriere in den USA. Das Sichten den Patienten begann. - Erst die Realität ernüchterte manche. Einer Ärztin, vordem Befürworterin des Schiffs und "prominent" wegen ihres Bruders, des berüchtigten lokalen Militärkommandanten, verstarb ein Patient, dem rechtzeitig hätte geholfen werden können - wären nicht die Röntgenfilme, dringend für ein Angiogramm benötigt, durch das Sichten der Mercy-Patienten verbraucht gewesen.

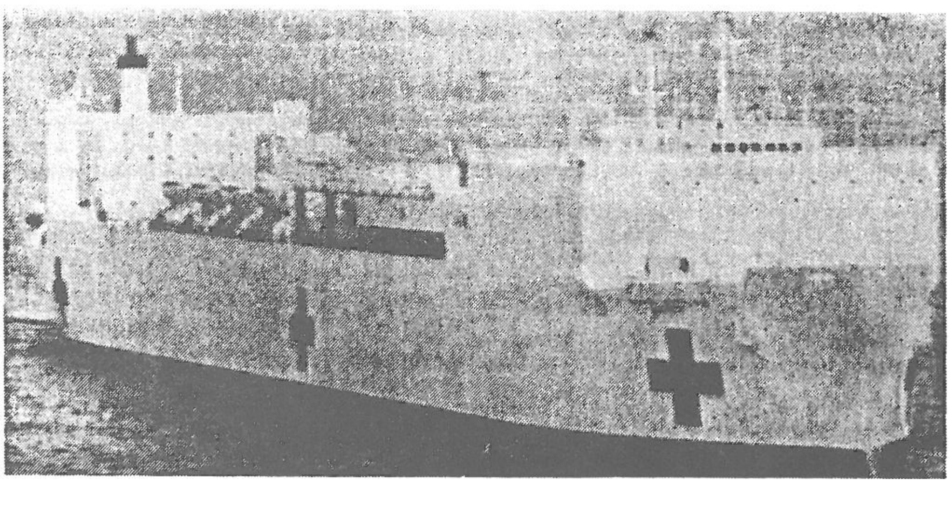
... und Protest dagegen

Demonstrieren in den Philippinen bedeutet Lebensgefahr. Nur wenige Wochen zuvor waren in Manila über 20 Bauern niedergeschossen worden, als sie vor Cory's Palast ihre Forderungen vorbringen wollten. Dennoch wagte eine Gruppe von Gesundheitsarbeitern eine Demonstration, die in krassem Gegensatz zur herrschenden Propaganda stand (und deshalb Schmährufe und einige geworfene Steine erntete). Auf Transparenten ließen sie ihre Forderungen verlauten. Eine Pressekonferenz präsentierte Fälle von Patienten, denen schlichtweg eine Verarschung zuteil geworden ist: Eine Frau, an Asthma leidend, bekam aus der US-Apotheke Shampoo und Seife und den wohlgemeinten Rat: "Take a bath". Ein Junge, dessen Ellbogengelenk nach einem unbehandelten Bruch versteifte, erhielt ein Spray für Möbel, ein "dust spray". Eine Erklärung, warum er sich eine rechtzeitige Behandlung nicht leisten konnte und die US-Ärzte ihm nun auch nicht mehr helfen konnten, erhielt er nicht.

p.s. Ich hätte auch einen herkömmlichen Famulaturbericht abliefern können: Wie ich dorthin kam, wie und wo ich unterkam, Betreuung und Arbeitsablauf im Krankenhaus. Über enorme Sprachschwierigkeiten mit den Patienten (denn nicht jeder Schwerkranke spricht ein brillantes Englisch), über meine Hilflosigkeit beim Anblick von Krankheiten, die bei uns kaum noch angetroffen werden und auch dort mit nur wenig Aufwand - nicht aber in dieser Gesellschaft - vermeidbar wären. Ganz zu schweigen von der katastrophalen, für uns kaum vorstellbaren materiellen Situation des Krankenhauses.

Einiges davon ist nachzulesen in den Famulaturberichten, die im Asta ausliegen. Weitere Informationen sind zu erhalten in verschiedenen Ausgaben des Dr. med Mabuse (Nr. 45 sowie die jetzt erscheinende Nr. 51) und in folgenden Büchern:
Jochen Hippler: "Krieg im Frieden. Amerikanische Strategien in der III. Welt", Pahl-Rugenstein-Verlag,
"Wenn der Bambus bricht" aus der Reihe RoRoRo Zur Studiensituation...
aktuell.

enno liebenthron



Impressum:

SpriPu, " Der Sprigende Punkt ", Studentenzeitung der MUzL

Herausgeber: Redaktionsgruppe des SpriPu an der MUzL, Lübeck

Verantwortl. für Anzeigen: Julia Kleinhenz, Hans Reuter, Ingo Meßer

Redaktions- u. Anzeigenanschrift: im AStA-Büro der MUzL Ratzeburger Allee 160 2400 Lübeck Tel.: 0451/ 500 3059

Redaktion und Layout: Hans Reuter, Ingo Meßer

Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Esther Seidl, Martin Wörffel, Jörg Braun, Annette Marth, Hubertus Köster, Julia Kleinhenz, Hans Reuter, Ingo Meßer, Sorjo Mätzke, Enno Liebenthron und alle, die ich aus Versehen vergessen habe (sorry).

Auflage: 800 Stck.

Erscheinungsweise: 1-2 X im Semester

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder und unterliegen inhaltlich der Verantwortung ihrer Autoren.

Wir danken allen Inserenten für ihre Unterstützung und allen Autoren für ihre Mitarbeit.

Hilfe! Wer soll das denn alles wissen?

Der MARBURGER BUND ist als Verband der angestellten und beamteten Ärzte die einzige Ärztegewerkschaft, die die sachgerechte Interessenvertretung der Medizinstudenten in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellt und sich intensiv um die Reform der Ausbildung zum Arzt bemüht.

Der erste Schritt: Die kürzlich veröffentlichten Thesen zur Arztausbildung sind unter starker Beteiligung studentischer Verbandsmitglieder erarbeitet worden. Doch die Arbeit muß weitergehen.

Und dazu brauchen wir Sie!

Denn Sie sind Student und kennen den Alltag an der Universität und die Prüfungssituation noch viel besser als wir. Engagieren Sie sich beim MARBURGER BUND. Es lohnt sich.

Unsere Gegenleistung für Ihre Mitarbeit:

- **eine beitragsfreie Mitgliedschaft einschließlich der monatlich erscheinenden Verbandszeitschrift für die gesamte Dauer Ihres Studiums;**
- **die individuelle Beratung in beruflichen, rechtlichen und sozialen Fragen;**
- **die finanzielle Absicherung im Praktischen Jahr durch Darlehensprogramm und Berufshaftpflichtversicherung;**
- **neu ab 1983: Der Marburger Bund schließt für seine studentischen Mitglieder eine für das Mitglied kostenlose Risikolebensversicherung über 10.000 DM für die Dauer des Praktischen Jahres ab!**

Und natürlich gibt es eine Menge Informationen aus erster Hand über die Praxis Ihres zukünftigen Berufes.

marburger bund IHR PARTNER IM ARZT-BERUF

